

KULTURWEHR

(früher Kulturwille)

Zeitschrift für Minderheitenkultur und -Politik

FEBRUAR 1927

HEFT 2

Die amtliche Statistik der nationalen Minderheiten im Preussischen Staate.

I.

Die »Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes« veröffentlicht in ihrem 66. Jahrgang für das Jahr 1926, 1. und 2. Abteilung, eine umfangreiche, philosophisch-historisch-statistische Abhandlung von Dr. Karl Keller, Regierungs- und Volkswirtschaftsrat im Preussischen Statistischen Landesamt, in welcher das Resultat der Volkszählung vom Jahre 1925 angegeben und weitläufig kommentiert wird.

Wie aus dem Kommentar Kellers hervorgeht, wurden in dem von ihm zusammengestellten und bearbeiteten Resultat nur 75 Kreise berücksichtigt — bei einer Anzahl von 538 Kreisen in Preussen — d. h. nur die Kreise, die ein ausgesprochenes Minderheitengebiet darstellen. Ausserdem umfassen alle Rubriken, sowohl die der fremdsprachigen Bevölkerung als auch der mit deutscher Muttersprache, nicht nur deutsche Staatsangehörige, sondern auch Angehörige fremder Staaten. Im obigen Rahmen, der uns durch die amtliche Statistik gegeben ist, wollen wir deshalb die Zahlen betrachten, die von der Statistik zur Feststellung der ziffernmässigen Stärke der nationalen Minderheiten in Preussen angeführt werden.

Zahlenmässig am stärksten ist naturgemäss die polnische Minderheit. Dr. Keller berechnet sie gesondert nach Gebieten und weist für das Jahr 1925 folgende Zahlen nach:

1. Ostpreussen:

(Masuren u. Ermland)

11 Kreise: Oletzko, Allenstein Stadt und Land, Johannisburg, Lötzen, Lyck, Neidenburg, Ortelsburg, Osterode, Rössel u. Sensburg

polnisch poln. u. d. masur. mas. u. d. insges.

13932 18209 41375 23913 97429

2. Westpreussen (Ermund Weichelland):

4 Kreise: Marienburg, Marienwerder, Rosenberg, Stuhm	6337	6408	100	44	12889
3. Grenzmark:					
9 Kreise: Bomst, D. Krone, Flatow, Fraustadt, Mese-ritz, Netzekreis Schlochau, Schneidemühl, Schwerin	9423	5525			14948
4. Oberschlesien:					
22 Kreise: Brieg, Gross-Wartenberg, Namslau, Beuthen Stadt und Land, Cosel, Falenberg, Gleiwitz, Gr.-Strehlitz, Hindenburg, Kreuzburg, Leobschütz, Lublinitz, Neustadt, Op-peln, Stadt u. Land, Rati-bor St. u. Land, Rosenberg, Rybnik, Tarnowitz, Tost-Gleiwitz	155491	376191			531682
5. Westfalen und Rheinland:					
11 Kreise: Buer, Reckling-hausen St.u.Land, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen St. u. Land, Herne, Essen, Hamborn, Oberhausen	15667	37466			53133
6. Ferner in Preussisch-Litauen:					
in 5 Kreisen	88	149			237
7. In der Lausitz:	1796	2602			4398
	202734	446550	41475	23957	714716

Die Gesamtzahl der Personen also, deren Muttersprache polnisch, »masurisch«, oder polnisch oder masurisch in Verbindung mit der deutschen Sprache ist (die sog. Zweisprachigen), beträgt

polnisch	poln. u. deutsch	masurisch	mas. u. deutsch	Insgesamt
202374	446550	41475	23957	714716

Der Zahl nach folgen als 2. Minderheit die Lausitzer Serben. In Bezug auf diese führt Dr. Keller für Preussen folgende Zahlen an:

l.-serbisch:	l.-serbisch und deutsch:	zusammen:
33820	8984	42808

Ueberdies gibt Dr. Keller die Anzahl der Lausitzer Serben in Sachsen (er umfasst mit seiner Zahl auch die sog. »Zweisprachigen«) mit 28225 an. Zusammen würde die Anzahl der Lausitzer Serben 71029 ausmachen.

Als 3. Gruppe folgen die Čechen in Oberschlesien, bei denen Dr. Keller noch eine čechische und eine mährische Sprachgruppe unterscheidet. Da die Statistik vom Jahre 1910 eine derartige Unterscheidung noch nicht kannte, erhalten wir, wenn wir auch im Jahre 1925 keine Rücksicht darauf nehmen, folgende Zahlen:

čechisch-mährisch:	čechisch-mährisch u. deutsch:	insges.:
5593	5607	11200

Die 4. Gruppe der Zahl nach bilden die Friesen.

friesisch:	friesisch u. deutsch:	insgesamt:
6546	765	7311

Als 5. Gruppe folgen die Dänen:

dänisch:	dänisch u. deutsch:	insgesamt:
4166	1543	5709

Die 6. und kleinste Gruppe endlich bilden die Litauer in Ostpreussen.

litauisch:	litauisch u. deutsch:	insgesamt:
2708	1906	4614

Die Gesamtzahl aller sprachlichen Minderheiten, die in statistischer Hinsicht bereits in 75 Kreisen bearbeitet worden sind, beträgt mit Einschluss der Lausitzer Serben in Sachsen:

	Einsprachig	Zweisprachig	Zusammen
Polnisch	202734	446550	649284
Masurisch	41475	23957	65432
L.-Serben in Preussen	33820	8984	42808
L.-Serben in Sachsen			28225
Čech.-mährisch	5593	5607	11200
Friesisch	6546	765	7311
Dänisch	4166	1543	5709
Litauisch	2708	1906	4614
	297042	489312	814579

Obige Ziffer stellt nur die offiziell angegebene Zahl der sprachlichen Minderheiten in 75 Kreisen und der Lausitzer Serben inclusive Sachsen dar.

Das statistische Material der übrigen 463 Kreise Preussens ist noch nicht bearbeitet worden. Im Jahre 1920 wies die preussische Statistik auf dem Gebiet dieser 463 Kreise 417500 »fremdsprachige« Bevölkerung und 70500 »zweisprachige« nach. Dr. Keller nimmt an, dass diese Zahlen in der Zeit 1910—1925 dieselbe Veränderung erlitten haben, wie die Zahlen der bereits berechneten 75 Kreise, und schätzt die gegenwärtige Bevölkerung der sprachlichen Minderheiten auf diesem Gebiet auf 164000 »Fremdsprachige« und 285000 »Zweisprachige«, d. h. zusammen auf 449000.

Die Gesamtberechnung in Preussen würde demnach folgendes Resultat zeitigen, obwohl sie nach zwei Methoden der Zahl- und Schätzungsmethode vorgenommen ist:

	In 75 Kreisen:	In den übrigen:	Zus.:
Fremdsprachige:	297042	164000	461042
Zweisprachige:	489312	285000	774312
Laus. Serben in Sachsen			
beide katholisch	28225		28225
	814579	449000	1263579
d. h. fremdsprachige Bevölkerung ca.		480000	
zweisprachige Bevölkerung ca.		780000	
Zusammen rund		1260000	

II.

In allen statistischen Zusammenstellungen, die von Dr. Keller angeführt wurden, tritt eine charakteristische und dominierende Tatsache in Erscheinung: das absolute Abnehmen der Gesamtzahl der Minderheiten im Verein mit einem unverhältnismässig grossen Anwachsen der Zahl der »Zweisprachigen« auf Kosten der »Einsprachigen« innerhalb der allgemeinen Zahlen.

In 75 preussischen Kreisen und in der
Sächsischen Lausitz.

	1910	1925
Polen und Masuren	1146884	714716
Lausitzer Serben	105692	71029
Čechen und Mähren	14807	11200
Friesen	15668	7311
Dänen	10275	5709
Litauer	22943	4614
	1316269	814579

Nehmen wir jedoch das ganze preussische Staatsgebiet auf der Basis dieser Schätzungsziffern Dr. Keller's, so erhalten wir:

	1910	1925
In 75 Kreisen:	1316269	814579
In dem restl. preuss. Gebiet:	488000	449000
	1804269	1263579

Im allgemeinen hat sich also die zahlenmässige Stärke der sprachlichen Minderheiten auf dem gegenwärtigen preussischen Staatsgebiet nach den Berechnungen Dr. Keller's im Laufe von 15 Jahren um ca. 30 Prozent vermindert! Noch auffallendere, fast unerhörte Veränderungen in der ziffermässigen Stärke der Minderheiten weist die Berücksichtigung der durch die preussischen Statistiken eingeführten Teilung der sprachlichen Minderheiten in ein- und zweisprachige auf.

	Einsprachige:		Zweisprachige:	
	1910	1925	1910	1925
Polen u. Masuren	1.043517	242413	91460	467805
Laus. Serb. o. Sachsen	60053	33820	2281	8984
Čechen u. Mähren	14746	5593	61	5607
Friesen	15442	6546	226	765
Dänen	9743	4166	532	1543
Litauer	21192	2708	1751	1906

Diese Verschiebungen ergeben für die Bevölkerung mit polnischer Muttersprache auf Grund dieser amtlichen Statistik für 75 Kreise folgendes Bild:

	Einsprachig:	Zweisprachig:
1910	882541	84644
1925	202734	446550

In Oberschlesien stellt sich die Verminderung der Einsprachigen zu Gunsten der Vermehrung der Zweisprachigen wie folgt dar:

	Einsprachig:	Zweisprachig:
1910	589507	54132
1925	155491	376191

Noch charakteristischer sind die Verschiebungen in Masuren:

	Einsprachige Masuren:	Zweisprachige:
1910	172114	7675
1925	41475	23957

Aus allen vorhergehenden Zusammenstellungen kann man feststellen, wie die amtliche preussische Statistik in all den letzten, der Reihe nach durchgeführten Zählungen unerhörte Erfolge der sich stark entwickelnden Germanisation nachzuweisen versteht. Die Einführung der geographisch-ethnographischen Neuschöpfung der Zweisprachigen in die statistischen Ausweise, die breite anationale Schichten zwischen zwei auf einem Gebiet in Gemeinschaft lebenden Nationalitäten darstellen soll, gestattet der amtlichen Statistik ein zahlenmässig imponierendes Bild zu zeichnen, das angeblich augenscheinlich ein vollständiges Zusammenschmelzen der nationalen Minderheiten beweist, die im Verlauf von 15 Jahren bis zur Hälfte (Lausitzer Serben, Dänen), ja sogar auf ein Viertel des früheren Standes schwinden (Polen in Oberschlesien). Gleichzeitig wächst um das 3, 4, 5-fache, sogar wie im Falle der Čechen um das 90-fache, die statistische Position, die beweisen soll, dass z. B. die Masuren, die sich ihrer ursprünglichen Muttersprache und ihres Nationalgefühls weniger bewußt sind, sich von diesen lossagen und zu der anationalen Schicht übergehen, die angeblich ein Lager bildet, aus dem die Blüten des deutschen Volksbewusstseins durch den Anschluss an die deutsche Kulturgemeinschaft hervorblühen werden.

Für diejenigen, denen die verzweifelte Lage des Minderheitenschulwesens in Preussen oder auch nur die Erfahrungen mit dem Erlass über die Minderheitenschulen vom 31. 12. 1918, der zwei Jahre hindurch von den Behörden verheimlicht wurde, bekannt sind, sind die Methoden dieser ganzen Arbeit, die solche Früchte trägt, klar und durchsichtig.

Ein Minderheitenschulwesen existiert abgesehen von seinen zwerghaften und karrikaturartigen Anfängen in Oberschlesien und Ermland und den Schulerlass vom 13. 2. 1926 in Preussen nicht.

Kinder und Jugend erhalten nur in deutschen Schulen und nur in deutscher Sprache Unterricht. Da sie dort nur deutsch lesen und schreiben gelernt haben, werden sie schon Objekte der Statistik, die zur Eintragung in die Rubrik der »Zweisprachigen« geeignet sind. Die deutsche Sprache wird nämlich für sie zur zweiten Muttersprache, die durch »Aneignung« erworben wurde, jene »Deutsche Schreib- und Lesesprache«, deren Bedeutung zur Feststellung der Nationalität der gegebenen Person von ungeheurem Werte ist, und diese Schreib- und Lesesprache müsste entscheiden, eine nach der Behauptung Dr. Keller's fortschrittliche Ansicht. Ruhig und ohne Uebertreibung können wir feststellen, dass gerade jene Jugend, der die Schule die »zweite Muttersprache« zum Geschenk machte, den Haupt-, vielleicht sogar den ausschliesslichen Kontingent der Zweisprachigen darstellt. Die Durchführung der Volkszählung mit Hilfe der Lehrer trägt immer gewaltig zur Erweckung jener »Kenntnis« der »Zweisprachigkeit« in den Absolventen der Elementarschule bei. Die Sympathien und Neigungen derer, die an der Durchführung der Zählung arbeiten, spielen eine gewaltige Rolle, fast so gross, wie die den Zähllisten hinzugefügten Informationen. Diese Seite der Wirkung der amtlichen preussischen Statistik charakterisieren am besten zwei Beispiele.

Die statistische Instruktion erklärt kategorisch, dass bei der Angabe der Muttersprache deutsche Dialekte, wie z. B. das Plattdeutsche, nicht berücksichtigt werden sollen und dass sie als deutsche Sprache angeführt werden. Dagegen ist der masurische Dialekt nicht als polnische Sprache, sondern als besondere masurische Sprache anzuführen. (Dieselbe Instruktion wurde im Jahre 1925 gegenüber dem Čechischen und Mährischen in Schlesien angewandt). Welche Resultate eine derartige Instruktion bei genügend intelligenter und fleissiger Beobachtung derselben durch die Faktoren, die an der Bearbeitung der Zählung teilnehmen, zeitigen kann, — davon möge ein kleiner Vergleich der statistischen Ziffern aus Preussisch-Masovien der Jahre 1900 und 1905 Zeugnis ablegen.

Im Jahre 1900 zählte man in Masovien 142 054 Polen und 124 973 Masuren.

Im Jahre 1905 zählte man in Masovien nur 58436 Polen und 215 169 Masuren.

Wie aus obigem ersichtlich, stellte man bei entsprechender Beobachtung der statistischen Instruktionen eine Verminderung der Polen im Verlauf von 5 Jahren um 83 000 und ein gleichzeitiges Anwachsen der »Deutschen« um 90 000 fest.

Ein zweites Beispiel sind die von Dr. Keller am Ende seiner Abhandlung angeführten Zahlen, die sich auf den Kreis Gross-Strehlitz in Oberschlesien beziehen. Dr. Keller stellt fest, dass von 77 633 statistischen Bogen 54 Prozent oder rund 50 000 von sog. »Zählern« (meistens Lehrern, die an der Zählungsaktion teilnahmen), ausgefüllt wurden. Dr. Keller stellt fest, dass 80 Prozent aller Bemerkungen, die das Polentum der Eingetragenen ausweisen, von diesen »Zählern« gemacht wurden und er führt dies als Beweis ihrer Objektivität und Ehrlichkeit an.

Wir glauben gewiss, dass sie subjektiv genommen, objektiv und ehrlich waren, jedoch können wir auf der Basis einiger minimaler, dort von Dr. Keller angeführter Zahlen, kategorisch feststellen, in welchem Sinne jene Zähler die Ausführung der statistischen Instruktionen verstanden und beobachtet haben. Dr. Keller führt an, es habe sich bei der Durchsicht der Bogen gezeigt, dass die Zähler nur in 9 Fällen auf den von den Leuten selbst ausgefüllten Bogen die von ihnen eingeführte Einsprachigkeit in Zweisprachigkeit (»polnisch« in »deutsch und polnisch«) und nur 19 mal die polnische Einsprachigkeit oder Zweisprachigkeit in deutsche Einsprachigkeit verbessert haben (»polnisch« oder »deutsch und polnisch« in »deutsch«). In Bogen, die von einer sog. dritten Person ausgefüllt wurden, nahmen die Zähler nur 10 solche Verbesserungen vor, und in den Bogen, die von jenen Zählern erledigt wurden, verwandelte noch eine andere Instanz (wahrscheinlich die Gemeindebehörde, wie Dr. Keller annimmt), nur in 464 Fällen die angeführte polnische Sprache in **Zweisprachigkeit**. Dr. Keller betont, dass jene Verbesserungen so gut und unbedeutend sind, dass sie eben hierdurch von der Genauigkeit der Gesamtzahlen zeugen. Für uns sind gerade diese Zahlen am meisten bedeutungsvoll. Bei der Gründlichkeit der Bearbeitung Dr. Kellers sind wir nämlich sicher, dass, wenn irgend eine Behörde oder ein Zähler auch umgekehrt Korrekturen vorgenommen und aus Deutschen Zweisprachige oder sogar Polen gemacht hätten — dass er dann bestimmt die Zahl dieser Korrekturen angegeben hätte. Da Dr. Keller gerade solche Verbesserungen nicht erwähnt, so ist zu erschen, dass keine gemacht wurden, dass niemand bereits eingetragene Daten zu Ungunsten der deutschen und zweisprachigen und zu Gun-

sten der polnischen Gruppe korrigiert hat. Bei der Zählung in Gross-Strehlitz war keine Korrektur, welche die Zahl der einsprachigen Polen vergrössert, es waren jedoch 50 Prozent Korrekturen, die sie zu Gunsten der Deutschen und Zweisprachigen verminderten. Das Zahlenverhältnis 505 : 0, das von der Zeitschrift des Preussischen Statistischen Landesamtes angegeben wird, kennzeichnet am Besten das Resultat und die Tendenz der Minderheitenstatistik in Preussen.*)

(Schluss folgt.)

Die deutsche Minderheit in der Cechoslovakei.

Von Dr. Alfred Fuchs.

Der vorliegende Artikel gibt unter Berücksichtigung des Entwicklungsganges in grossen Zügen ein Bild der gegenwärtigen minderheitspolitischen Situation der deutschen Minderheit. Wenn wir auch dem Verfasser darin zustimmen, dass die historischen Fragen heute nur noch Historiker interessieren, so darf jedoch nicht übersehen werden, dass zur Erkenntnis des Minderheitenproblems nicht ganz auf die Heranziehung geschichtlicher Vorgänge verzichtet werden kann. Dies zeigt sich besonders deutlich, wenn man die im Heft 1 1926 hier behandelte Klassifizierung der Minderheiten berücksichtigt. Es dürfte ferner wichtig sein, darauf hinzuweisen, dass die sich vor kurzem vollzogene Annäherung zwischen den Čechen und Deutschen nicht allein von weltanschaulichen Motiven beeinflusst wurde, sondern dass die Annäherung ihre wesentlichen Triebkräfte aus dem Gegensatz zwischen Bürgertum und Sozialismus innerhalb beider Nationalitäten schöpfte und so deutsches und čechisches Bürgertum zusammenführte. Mit anderen Worten also: die wirtschaftlich gleichgearteten Schichten strömten zueinander und das in erster Linie zum Zwecke der Wahrung und Sicherung materieller Interessen. Dass die sozialistischen Bevölkerungsschichten auf beiden Seiten nationalegoistischer waren und noch sind, ist eine Erscheinung, die sie mit den sozialistischen Lagern in fast ganz Europa, vor allem auch in Deutschland gemein haben. Angesicht der erwähnten Tatsachen ist es nicht ausgeschlossen, dass bei veränderten wirtschaftlichen Interessen die gegenwärtige Koalition sich wieder auflöst, da die ideelle Grundlage allzu schwach ausgebildet ist.

(Anmerkung der Redaktion.)

Als noch der Historismus grosse Mode war, stritt man gerne darüber, ob die Deutschen in den heutigen historischen Ländern des čechoslovakischen Staates autochthon oder Kolonisten sind. Diese historische Frage interessiert heute noch bloss die Historiker. Unsere Zeit hat zuviel Gegenwartssinn, um die Politik nach den romantischen geschichtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen. Es ist fast sicher, dass die Deutschen in Böhmen tatsächlich Kolonisten waren. Mit Recht wurde aber konstatiert, dass das Wort »Kolonist« unter Umständen den schönsten Ehrentitel bilden könne. Der Kolonist war es ja, der die unfruchtbaren Landschaften urbar machte, der das Handwerk ausübte, der Kultur und Zivilisation ver-

*) Bezeichnenderweise ist das Material des Zw. Pol. w N. bei einer nach Oberschlesien erfolgten postalischen Versendung am Bestimmungsort und bei dem Adressaten nicht eingetroffen!

mittelte. Der kolonisierte Boden wird zur Heimat — aus dem Rechtstitel der geleisteten Arbeit. In seinem Buche über die Deutschen in Böhmen weist auch der tschechische Historiker und Diplomat Dr. Kamil Krofta sehr überzeugend nach, dass die deutsche Minderheit weder im alten tschechischen Staate, noch in Oesterreich-Ungarn vor dem Kriege und während des Krieges, noch in der Gegenwart einen Staat bilden wollte. Nur kurz nach dem Umsturze traten diese Bestrebungen auf. Sie scheiterten aber sofort an der territorialen Diskontinuität des deutschen Siedlungsgebietes, an der politischen Führerlosigkeit und am Mangel des Bewusstseins einer historisch-ethischen Sendung. Die Deutschen in Böhmen äusserten in der Vergangenheit niemals eine Sehnsucht nach einem staatlichen Eigenleben. Als sie nach dem Umsturze die Devise von der nationalen Selbstbestimmung im oppositionellen Sinne aufgriffen, wollten sie mit einem grösseren Staatsganzen zusammenschmelzen, entweder mit Deutschland oder mit Oesterreich. Sie zweifelten selbst an der eigenen staatsbildenden Kraft. Der Kampf der deutschen Minorität beschränkt sich seither auf das innerpolitische Gebiet. Bei den Deutschen in der tschechoslovakischen Republik besteht keine prinzipielle Abneigung gegen das Verharren im Verbands des jungen Staatswesens, man will bloss Garantie für ein nationales Eigenleben haben. Es gab allerdings auch unter den deutschen Politikern romantische Schwärmer, aber die wirklich deutsche Politik erstrebt für die Deutschen Autonomie auf dem Boden des Staates, besonders in Kulturangelegenheiten

Die zwei auf gleich hoher Kulturstufe stehenden Völker, die Tschechen und die Deutschen erlebten grosse geschichtliche Ereignisse gemeinsam: bald in Eintracht, bald im Kampfe, meistens aber im Wettstreit. Viele industriellen und wirtschaftlichen Errungenschaften der historischen Länder des tschechoslovakischen Staates sind gerade diesem Wettstreit zu verdanken. Noch im Jahre 1848 kämpften beide Volksstämme einträchtig und gemeinsam für die bürgerlichen Freiheiten. Die Entwicklung des Liberalismus steigerte das nationale Selbstbewusstsein der österreichischen Völker und ausserdem wurde in Böhmen das nationale Problem mit dem sozialen verknüpft. Deutsch war die österreichische Regierung, deutsch war die Industrie, deutsch waren die höheren Behörden. Der Kampf um die nationalen Positionen machte jeden zweisprachigen Poststempel im entlegendsten Dorfe zu einem Politikum. Es gab Zeiten des nationalen Waffenstillstandes, in denen die Postulate beider Nationen Punkt für Punkt rechtlich formuliert wurden. Aber die Existenz eines lebendigen Volkes lässt sich in keinem Paragraphenwerke festlegen. Der letzte nationale Ausgleich zu Oesterreichs Zeiten kostete die alttschechische Partei das Leben. Die nächste Gene-

ration der beiden nationalen Lager fühlte sich durch die alten Pakte nicht mehr gebunden.

Diese Tatsachen, die bereits der Vergangenheit angehören, erscheinen auch für die politische Gegenwart im selbständigen čechoslowakischen Staate überaus lehrreich. Die Verfassung der čechoslowakischen Republik garantiert den nationalen Minderheiten viel grössere Rechte als die Friedensverträge vorschreiben. Das grösstmögliche Ausmass der nationalen Autonomie können die nationalen Minderheiten lediglich auf den innerpolitischen Gebieten erkämpfen. Nach dem Umsturze versuchten zwar radikale deutsche Politiker ihre Postulate mit Memoranden an den Völkerbund durchzusetzen, sie appellierten an alle möglichen aussenpolitischen Instanzen, aber man wies sie immer wieder auf das innerpolitische Gebiet zurück. Nach Locarno ist die Sachlage klarer denn je. Staatsloyalität bildet die erste Bedingung einer realen Minoritätenpolitik. Nach dem Umsturze herrschte im deutschen Lager lange Ratlosigkeit. Das Um und Auf der ganzen Politik bildeten unfruchtbare Diskussionen über die Schlagworte »Selbstverwaltung« oder »Selbstbestimmung«. Immer deutlicher bildeten sich aber zwei Gruppen von deutschen Politikern heraus: Aktivisten und Negativisten. Zwischen beiden Gruppen gab es selbstverständlich Uebergänge und Nuancen. Von Anfang an aktivistisch waren die agrarischen und die industriellen Kreise. Mit Recht erklärte seinerzeit ein Führer des »Bundes der deutschen Landwirte«, der deutsche Bauer könne sein Gut nicht auf den Rücken nehmen und damit auswandern. Fast gleichzeitig hielt ein nationalistisch radikaler Abgeordneter den deutschen Fabrikanten vor, dass sie an Sonntagen für das Selbstbestimmungsrecht schwärmen, an Werktagen aber über nichts Anderes nachdenken, als wie sie die reichsdeutsche Konkurrenz schlagen sollten. Die praktischen Fragen des täglichen Lebens erwiesen sich stärker, als die nationalistischen Vorurteile. Selbst die radikalen Romantiker vom Schlage Dr. Lodgmanns mussten anerkennen, dass die Wege der Realpolitik minder riskant seien, als die Wege des radikalen Nationalismus. Der andere Weg führe »durch ein Tal von Blut und Tränen«. Von den Deutschen in der čechoslovakischen Republik wollte aber niemand diesen Kreuzweg betreten.

Die letzten Parlaments- und Senatswahlen führten zu einer Niederlage der nationalistisch-radikalen Parteien. Die politische Lage gestaltete sich für die Zusammenarbeit der Deutschen besonders günstig, als die čechische allnationale Koalition sich auflöste. Die deutschen Aktivisten stellten der Regierung ihre Stimmen zur Verfügung, als über die Regelung der Bezüge der Staatsbeamten verhandelt wurde; während der Kampfabstimmung um die Zoll- und Kongrua-

vorlagen stimmten die deutschen bürgerlichen Parteien für diese Postulate. Die Standesforderungen der Geistlichkeit und der Agrarier führten zur Bildung eines bürgerlichen Blocks und später zum Eintritt der Deutschen in die Regierung. In Opposition verharren nunmehr bloss die nationalistischen Parteien, die Kommunisten und die deutschen Sozialdemokraten. Die ersten zwei deutschen Minister gehören der Agrar- und der christlichsozialen Partei an. Als die Deutschen in die Regierung eingetreten sind, entstand eine Diskussion darüber, ob sie dies tun dürften ohne vorher nationale Konzessionen zu verlangen und zu erhalten. Es siegte aber die Meinung, dass die Konzessionen erst während der Zusammenarbeit erkämpft werden müssten. Selbst die radikalen Nationalisten beschuldigten die aktivistischen Politiker keineswegs etwa eines Volksverrates, sondern ergriffen die Abwartungstaktik. Es kann behauptet werden, dass die deutschen Minister, die auch persönlich sehr hoch qualifiziert sind, eine überraschend gute Presse hatten. Dies gilt auch von der tschechischen und auch von der ausländischen Journalistik, die in dem Regierungseintritt der Deutschen ein Zeichen der wachsenden Konsolidierung des Staates erblickte. Die deutschen Politiker versteifen sich auf kein Paragraphenwerk eines nationalen Ausgleiches, denn sie wissen, dass das Leben stärker ist als politische Formeln und dass nichts auf der Welt die Menschen so nahe aneinander bringt, wie ein Stück zusammengeleisteter ehrlicher Arbeit. Die politische Praxis bestätigt die Erfahrung, dass der kleine deutsche Mann in der tschechoslovakischen Republik staatsreu ist. Mit deutschen Steuerzahlern und deutschen Rekruten wurde die Erfahrung viel früher, als mit den Politikern gemacht. Der deutsche kleine Mann wählte oft radikal, aber wenn er eine Intervention brauchte, ging er immer zum aktivistischen Abgeordneten.

Diese Staatsreue und Loyalität, die im Wesen des Deutschen liegt, wird noch dadurch gesteigert, dass der Deutsche in der tschechoslovakischen Republik regionalistisch fühlt. Er hängt an seinem Boden, an seinem Heimatsorte, an seiner Scholle. Sein Patriotismus ist territorial. Noch vor Jahrzehnten wurde mit dem Namen »der Böhme« nicht bloss der tschechische, sondern auch der deutsche Bewohner des Landes bezeichnet. Vor kurzem erklärte das Organ der deutschen christlichsozialen Partei in Böhmen, dass die deutschen Katholiken in diesem Staate im heiligen Wenzel auch ihren eigenen Landespatron verehren und dass es nicht die schlechtesten Zeiten gewesen seien, in denen beide Volksstämme in edlem Wettstreit für das Wohl der gemeinsamen Heimat arbeiteten. Die Diskontinuität der deutschen Siedlungen bewirkt es, dass die Deutschen nicht zentralistisch fühlen, sondern dass sie sich um die Provinzstädte gruppieren. Daher

haben auch die Deutschen fast in jeder grösseren Stadt eine Tageszeitung, wogegen die Čechen bloss in Prag, Pilsen, Olmütz, Bratislava und Kaschau Tagesblätter besitzen. Die deutsche Politik wird auch nicht aus Prag, sondern aus der Provinz dirigiert und die deutsche Provinzpresse steht auf einem verhältnismässig hohen Niveau. Dies gilt auch in kultureller Beziehung. Die Deutschen in Böhmen bereicherten oft den gemeinsamen Kulturschatz des grossen deutschen Volkes, und zwar nicht etwa dadurch, dass sie über die Grenze schielten, sondern dadurch, dass sie aus dem Heimboden schöpften, denn jede wirkliche Kultur ist bodenständig und wächst aus der heimatlichen Wurzel. Einige bedeutende deutsche Literaturhistoriker, z. B. der jüngst verstorbene Prof. Sauer konstatierten dies ausdrücklich.

Die deutsche Minorität in diesem Staate empfindet es als ihre geschichtliche Sendung, zwischen der gemeinsamen und der slavischen Welt zu vermitteln. Die aktivistische Politik ist somit auch ethisch und philosophisch begründet. Wir könnten hier auf einige Aufsätze des Professors der Philosophie an der deutschen Universität in Prag, Christian Ehrenfels, hinweisen. Wir haben bereits konstatiert, dass ein jeder, der die deutsche Politik in Böhmen kennen lernen will, die Provinzpresse studieren müsse. Wer aber das Kulturleben der Deutschen in der Čechoslovakei zu studieren beabsichtigt, der muss die Prager deutsche Minderheit kennen lernen. Es ist kein Zufall, dass so viele deutsche Literaten und Halbliteraten aus Prag stammen. In Prag lebt eine deutsche Kulturschicht, die ihr geschlossenes Eigenleben führt, ohne Zusammenhang mit den niederen Volksschichten, in konzentrierter Geistigkeit. Bei diesen Intellektuellen entsteht bald ein Gefühl seltsamer Entwurzelung. Dazu gesellen sich noch die Eindrücke der Alt-Prager Romantik, so dass das Prager deutsche literarische Kaffeehaus zwar unzählige Ephemären, aber auch Journalisten und Literaten von Belang hervorbrachte. Zwischen Prag und Provinz besteht wenig Verständnis, schon aus dem Grunde, weil die Mehrzahl der Prager Deutschen Juden sind, wogegen die Provinz antisemitisch gestimmt ist. Die Prager deutsche Journalistik steht redaktionell oft auf dem europäischen Niveau, aber ihr politischer Einfluss ist gering. Die deutsch-demokratische Freiheitspartei, die diese Schicht repräsentiert, hat jeweilig keinen einzigen Abgeordneten. Die grosse kulturelle Bedeutung der zwei Prager deutschen Bühnen und der Prager deutschen Universität lässt sich aus diesem geistigen Milieu erklären. Deshalb fanden die seinerzeitigen radikalen Vorschläge, die deutschen Hochschulen aus Prag in eine deutsche Provinzstadt zu verlegen, keinen Wiederhall in der öffentlichen Meinung. Das Prager deutsche Theater hat eine künstlerische Tradition, deren Ruhm nicht bloss lokal zu bewerten ist.

Zwischen den tschechischen und deutschen Intellektuellen bestehen rege Kulturbeziehungen. Wird der nationale Kampf in der Tschechoslowakei einmal ganz aufhören? Diese Frage bejahend zu beantworten, würde bedeuten, sich einem utopistischen Pazifismus hinzugeben. Die nationalen Gegensätze werden immer bestehen bleiben, aber die Formen des Kampfes können immer mehr veredelt werden. Grosse Werke entstehen aus Kämpfen, tragische Katharsen gehen aus dramatischen Situationen hervor. Die Konflikte selbst können sich aber auf einem immer höheren Niveau auswirken. Auch im Leben der Völker gilt wohl in diesem Sinne die alte Hegel'sche Formel: »These, Antithese, Synthese«.

Berichte.

FRIESEN.

Die Unterdrückung der friesischen Minderheit. — Eine Antwort auf die Denkschrift der »Deutschfriesen«. Seit der Genfer Minderheiten-Kongress den Beschluss fasste, die Verhältnisse in Nordfriesland durch eine besondere Kommission untersuchen zu lassen, sind die Nordfriesen, welche eine nationale Minderheit bilden, den schärfsten Angriffen von den sogenannten »Deutschfriesen« ausgesetzt, die ihre organisatorische Vertretung in dem »Nordfriesischen Verein für Heimatkunde und Heimatliebe« haben. In der Presse wurden die Führer der friesischen Minderheit in gemeiner Weise verdächtigt und beschimpft.

So schrieb einer der Führer des Nordfriesischen Vereins, Dr. Peters, in einem Artikel »Nordfriesland in Erwartung der Kommission des Minderheitenkongresses« in der »Nordfriesischen Rundschau«, Niebüll, Nr. 275/26:

»Die Nordfriesen befürchten nämlich, dass diese Bestrebungen, Minderheitenrechte zu erlangen, das geheime Ziel haben, ihr Stammesgebiet in einen Gegensatz zum grossen deutschen Vaterlande zu stellen, es ihm zu entfremden, um es bei passender Gelegenheit von ihm loszureissen. Und wie kommen die Nordfriesen zu dieser Befürchtung? Sie sehen sich die Führer jener »Bewegung« an, und diese sind ihnen eine höchst verdächtige Gesellschaft, mit denen sie als deutsche und anständige Menschen nicht gerne verkehren und deren Leitung sie sich nicht anvertrauen wollen. Es sind nämlich ja gerade diejenigen Männer, die, als wir für Deutschlands Leben und Ehre vier Jahre lang gekämpft, geblutet, gebangt, gehungert, gelitten hatten, feige nach Norden auskniffen und auch ihre Landsleute zur Flammenflucht überreden wollten. Aber selbst, wenn die Herren Oldsen, Andreassen, Lorenzen und ihre kleine Sippe nicht eine so belastete Vergangenheit hätten Aber es ist jener kleinen Gruppe auch garnicht um die Förderung der gesamtfriesischen Belange zu tun, ja, wir müssen auf Grund ihres politischen Vorlebens und ihrer ganz geringen tatsächlichen Leistungen in der Arbeit für unser Volkstum sogar behaupten, dass selbst ihr nordfriesisches Interesse nicht wahr und echt, sondern Mittel zu einem unfriesischen Zwecke ist.

Wir werden also vor der Kommission zu unserem Bedauern von den Angriffen auf die Sache Angriffe auf die Personen nicht trennen können. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, müssen wir eigene Landsleute an den Pranger stellen.«

So werden die Führer der friesischen Minderheit beschimpft, die nichts weiter erstreben als die Förderung des nordfriesischen Volkstums, weil sie die Anerkennung der nordfriesischen Minderheit beanspruchen. Diese Tonart kennt man überall da, wo ein Herrenvolk eine nationale Minderheit unterdrückt.

Die nordfriesische Minderheit verfügt nicht über eine Presse. Ihren Gegnern stehen zahlreiche Zeitungen, welche im Sinne der preussisch-deutschen Kolonisation in Nordfriesland wirken, neben dem gesamten preussischen Beamtenapparat zur Verfügung, womit sie die sogenannte »öffentliche Meinung« beherrschen.

Um die Anerkennung der nordfriesischen Minderheit zu sabotieren, veranstaltete der Nordfriesische Verein für Heimatkunde und Heimatliebe in Nordfriesland eine Unterschriftensammlung, bei welcher der Bevölkerung eine Erklärung zur Unterschrift vorgelegt wurde, in der es heisst, dass die friesische Sprache gepflegt werden müsse — womit natürlich alle Friesen einverstanden sind — und zum Schluss: Wir lehnen es ab, als nationale Minderheit betrachtet zu werden.

In einem Artikel in einer deutschen Zeitung wurde diese Unterschriftensammlung »ein Dokument erster Ordnung in der Geschichte des Landes, ein Bekenntnis zu Friesland und Deutschland, wie es stärker nicht gedacht werden kann«, genannt.

Dazu bemerkt im »Schleswiger« Nr. 295/26 »Fries« in einem Aufsatz »Die nervösen Deutschfriesen«:

»Ein Dokument erster Ordnung ist diese Unterschriftensammlung allerdings, nämlich für die Zwangspolitik, die vom Nordfriesischen Verein getrieben wird. Sie erinnert stark an die öffentliche Abstimmung, welche der spanische Diktator für sich veranstalten liess und die zum Gespött der ganzen zivilisierten Welt wurde. Ja, sie wirkte noch schlimmer auf die sich abhängig fühlende Bevölkerung, denn in Spanien konnten die Leute wenigstens der Abstimmung fernbleiben, in Nordfriesland aber ging man von Haus zu Haus mit der Liste, Unterschriften heischend, und der arme Delinquent musste hinter der freundlichen Aufforderung zum Unterschreiben die Worte lesen:

Und willst Du nicht unterschreiben,
so können wir nicht Freunde bleiben.

Dieses herrliche Bekenntnis zu Friesland und Deutschland, das der Nordfriesische Verein auf eigene Faust veranstaltete, war also weiter nichts als eine schikanöse öffentliche Abstimmung mit deren unvermeidlichen Begleiterscheinungen von Nötigung und Gesinnungsschnitfelei — eine öffentliche Abstimmung, wie sie mit Recht in allen Kulturländern längst verpönt ist.«

Jetzt versendet der Nordfriesische Verein eine Denkschrift »13 000 deutsche Nordfriesen an den Minderheitenkongress in Genf«.

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Anerkennung der nordfriesischen Minderheit dringend notwendig ist, so ist der Beweis durch diese Denkschrift erbracht.

Selten wohl war eine offizielle Vereinsdenkschrift, die einer internationalen Kommission vorgelegt wird, so voller Unwahrhaftigkeit, wie die Denkschrift des Nordfriesischen Vereins für Heimatkunde und Heimatliebe.

Die Denkschrift stellt selber fest, dass eine Teilung der Nordfriesen in deutsche und nichtdeutsche Friesen in der Geschichte nicht begründet ist, und dass der nordfriesische Stamm seit Tacitus' Zeiten eine eigene Sprache und Kultur hatte. In der Denkschrift wird aber wiederholt von der übergrossen Mehrheit der Nordfriesen als von »deutschen Friesen« gesprochen, und es wird betont, dass diejenigen, welche die Anerkennung der nordfriesischen Minderheit verlangen, eine winzige Minderheit bildeten.

Dazu ist zu sagen, dass der Friesisch-schleswigsche Verein, welcher die Anerkennung der nordfriesischen Minderheit beansprucht, mindestens ebenso viele Mitglieder hat als der Nordfriesische Verein, welcher diese Anerkennung zu hindern sucht, und dass die durch öffentliche Unterschriftensammlung erzielten 13 000 Unterschriften für die Beurteilung der wirklichen Volksmeinung wertlos sind.

Wenn die Denkschrift behauptet, dass die sogenannten »Bohmstedter Richtlinien« von »fast allen erwachsenen Nordfriesen anerkannt und unterschrieben« worden seien, so ist das un wahr! Das nordfriesische Volk zählt mindestens 35 000 Wahlberechtigte (über 20 Jahre alte Männer und Frauen), also stellten die 13 000, welche die »Bohmstedter Richtlinien« unterschrieben haben, nur etwa ein Drittel der Nordfriesen dar.

Nun behauptet der Nordfriesische Verein, dass nur in den friesisch sprechenden Gegenden Nordfrieslands Unterschriften gesammelt worden seien. Auch diese Behauptung ist unwahr, denn die Denkschrift führt z. B. von Nordstrand 564, von Pellworm 415 Unterschriften an. Beide Inseln sind aber, wie auf Seite 4 der Denkschrift ausdrücklich bemerkt ist, nicht mehr friesisch sprechend!

Nordstrand hat 2350 Einwohner, also etwa 1500 Wahlberechtigte, Pellworm 1681 Einwohner und etwa 1000 Wahlberechtigte! Man vergleiche damit die Unterschriftenzahlen! Nach diesen Proben kann man die »Zuverlässigkeit« der Denkschrift beurteilen, die der Nordfriesische Verein der Internationalen Kommission als Tatsachenmaterial zu unterbreiten wagt.

Die Denkschrift des Nordfriesischen Vereins erwähnt die Entscheidung eines Teils der nordfriesischen Bevölkerung für Deutschland bei der Volksabstimmung am 14. März 1920, als es sich darum handelte, ob Mittelschleswig an Dänemark oder an Deutschland fallen sollte. Es muss für einen Aussenstehenden ganz unverständlich sein, was diese Volksabstimmung mit der Frage der friesischen Minderheit zu tun hat, und es muss zur näheren Erklärung bemerkt werden, dass die Führer des nordfriesischen Vereins von einem fanatischen Dänenhass beseelt sind, der ihnen anscheinend den klaren Blick in der Frage der friesischen Minderheit trübt. Daraus erklärt sich auch, dass die Denkschrift bemängelt, dass der Friesisch-schleswigsche Verein in seiner Satzung kulturelle Beziehungen zum Norden befürwortet, also die hochstehende dänische Volkskultur für die Förderung der nordfriesischen Volkskultur zum Vorbild nehmen will; dass Oldsen und Andresen und ihre Anhänger vor der Abstimmung ins dänische Lager übergegangen seien (»vorher waren sie deutschgesinnt«;) dass sie den Dänen bei den Reichstagswahlen 1924 Wahlhilfe geleistet hätten und Wahlhilfe von ihnen empfangen hätten.

Man merkt förmlich, wie das Dänische bei diesen Vertretern des preussisch-deutschen Herrentums als etwas ganz Minderwertiges gilt. Wie könnte es sonst jemand zum Vorwurf gemacht werden, dass er »jahrelang dänische Sympathien vertreten« hat, also Sympathien für ein Volk, das in der ganzen Welt hochgeachtet ist, nur nicht bei den preussisch-deutschen Herren in Nordfriesland!

Es ist lächerlich, den Führern der friesischen Minderheit einen Gesinnungswechsel vorzuwerfen. Als »Deutschgesinnte« im Sinne des Nordfriesischen Vereins haben sie sich niemals betätigt; solange sie sich politisch betätigt haben, waren sie stets entschiedene Gegner des zentralistischen Preussen-Deutschland. Wenn die Führer der friesischen Minderheit nicht gleich von Jugend auf sich für das friesische Volkstum einsetzten, so lag es daran, dass auch sie Opfer der preussisch-deutschen Entnationalisierungspolitik waren und dass die preussisch-deutsche Schule das nordfriesische Volkstum systematisch unterdrückte.

Dass die friesische Minderheit mit der dänischen zu der Reichstagswahl 1924 eine gemeinsame Liste aufstellte, veranlasst die Denkschrift des Nordfriesischen Vereins zu dem furchtbaren Vorwurf, dass sie »den Dänen Wahlhilfe« geleistet hätte. Das ist in den Augen der Vertreter des preussisch-deutschen Herrentums sicherlich ein so schweres Verbrechen, dass es mit der Aberkennung der Rechte einer nationalen Minderheit bestraft werden muss! Aber die Denkschrift gesteht doch gnädig zu:

»Das Recht zu freier Selbstbestimmung ihrer nationalen Zugehörigkeit soll ihnen ebenso unbenommen sein wie die von ihnen beabsichtigte Förderung dänischer oder friesischer Kultur.«

Man könnte meinen, dass damit der Nordfriesische Verein seine Bedenken gegen die Anerkennung der friesischen Minderheit aufgegeben hätte, aber der Verfasser der Denkschrift meint anscheinend, dass die Angehörigen der friesischen Minderheit in die dänische Minderheit aufgehen sollen, was natürlich eine glatte Unmöglichkeit ist.

Zurückgewiesen werden muss die irreführende Behauptung des Nordfriesischen Vereins, dass Nordfriesland innerlich, kulturell schon seit Jahrhunderten zu Schleswig-Holstein und Deutschland gehörte«. Abgesehen davon, dass »Schleswig-Holstein« in früheren Jahrhunderten nur eine sehr lose Verwaltungseinheit war (einen Staat »Schleswig-Holstein« gab es nie und erst nach 1864 wurde Schleswig mit Holstein zu einer preussischen Provinz vereinigt), bestand eine innerliche und kulturelle Zugehörigkeit zum Deutschtum in früheren Zeiten höchstens bei den in Nordfriesland eingewanderten deutschen Beamten der dänischen Regierung und möglicherweise bei einigen Angehörigen der Oberklasse.

Selbstverständlich muss es jedem Nordfriesen unbenommen bleiben, sich die deutsche Kultur dienen zu lassen. Der friesisch-schleswigsche Verein befürwortet auf diesem Gebiete völlige Freiheit. Er ist nicht deutschfeindlich.

Der Nordfriesische Verein kann sich das anscheinend schwer vorstellen; er sagt, das Herzensband, das uns an »das grössere Vaterland« fesselt, soll und darf nicht zerschnitten werden, weil einige Unzufrie-

dene für ihre Person diese Verbindung mit deutschem Wesen aufgegeben haben und nun aus politischen, ursprünglich z. T. wirtschaftlichen Erwägungen heraus dem nördlichen Nachbarstaat zuneigen, der in der Geschichte stets Frieslands Feind war.

Die schäbige persönliche Verdächtigung, die hiermit ausgesprochen wird, braucht nur niedriger gehängt zu werden. Dass Dänemark stets Nordfrieslands Feind gewesen sein soll, hat nicht das geringste mit der Frage der Anerkennung der friesischen Minderheit zu tun. Um aber zu zeigen, welche Unrichtigkeiten die Denkschrift auftischt, sei Nachstehendes bemerkt:

Friesische Sagen erzählen, dass unsere Altvordenen unter einem roten Banner, das in der Ecke den heiligen Raben Odins führte, zur See gefahren seien. Jenes Banner ist das gemeinsame Wikingbanner der nordischen Völker, der »Nordmannen«, wie man sie im Süden nannte. Wären unsere Ahnen wohl mit einem Feind unter einem gemeinsamen Banner auf die Fahrt gegangen?

Aus der Zeit des Dänenkönigs Niels meldet die Chronik, dass er sich wegen der gefährlichen wendischen Nachbarn nur unter der Beschützung der Friesen in Schleswig aufhalten konnte. Würden wohl die Friesen ihren Feind so tatkräftig beschützt haben?

Später kämpften Dänen und Friesen vereint auf der einen Seite für den Thronanwärter Knud gegen Dänen unter dem Thronkandidaten Svend.

Dann folgte die glänzende Zeit der Waldemare, aus der die Chronik immer wieder davon berichtet, wie tapfer die Friesen im dänischen Heere sich auszeichneten.

Unter dem König Waldemar III. und der Königin Margarete (1340—1412) hören wir von verschiedenen Kämpfen in Friesland und Schleswig, in denen die Friesen bald auf der Seite des dänischen Herrschers, bald auf der Seite der holsteinischen Grafen, die Ansprüche auf Schleswig erhoben, zu finden waren.

Bei den verschiedenen Teilungen Schleswigs unter Fürstensöhne kamen Teile Frieslands in den Besitz des Königs und andere in den der Gottorper Herzöge. Aus jener Zeit ist uns nichts bekannt von Feindschaft zwischen Friesen und Dänen. Z. B. war der dänische König Christian IV. in Friesland sehr beliebt. Noch heute existiert ein friesisches Lied von ihm aus jener Zeit. Auch aus dem 18. Jahrhundert haben wir friesische Lieder zu Ehren dänischer Könige.

Auf Föhr steht noch heute ein Denkmal eines dänischen Königs mit der Inschrift »Stenen bevarer hans Navn, Hjerterne hans Minde!« (Der Stein bewahrt seinen Namen, die Herzen sein Andenken!). Der dänische König Christian VIII. wurde zu Anfang der vierziger Jahre des 19. Jahrhundert in Eiderstedt mit grossem Enthusiasmus empfangen.

Von einer historischen Erbfeindschaft zwischen Friesen und Dänen kann also nicht gesprochen werden, wenn auch verschiedentlich Kämpfe zwischen den freiheitliebenden Friesen und dänischen Herrschern vorgekommen sind.

Man sieht also, wie es mit der Wahrheitsliebe der Denkschrift des Nordfriesischen Vereins bestellt ist!

Viele Friesen haben an der dänischen Kultur mitgeschaffen: Es seien nur genannt Harro Harring, Bende Bendsen, der Verfasser der ersten friesischen Grammatik, und in neuerer Zeit der bedeutende Sprachforscher der Kopenhagener Universität, Professor Möller (geborener Frieser von Sylt), der Literatur-Professor V. Andersen (aus Lindholm) u. v. m.

Von Uwe Jens Lornsen, der den Ausspruch tat: »Nur der König (gemeint war der dänische!) und der Feind sei uns gemeinsam!«, der also ausdrücklich die staatliche Verbindung mit Dänemark aufrecht erhalten wollte, wird in der Denkschrift des Nordfriesischen Vereins gesagt: »Ihm wie den Führern nach ihm war der grossdeutsche Gedanke etwas Selbstverständliches.« Ein kleiner Beweis dafür, wie die Wahrheit in dieser Denkschrift misshandelt wird. —

Die Denkschrift führt auch die bei den politischen Wahlen abgegebenen Stimmenzahlen an, um damit zu beweisen, dass die nordfriesische Minderheit nur einen geringen Anhang hat. Die Ergebnisse dieser Wahlen, bei denen wirtschaftliche Gesichtspunkte meistens eine entscheidende Rolle spielen, können unmöglich ein zutreffendes Bild der wirklichen Denkart der nordfriesischen Bevölkerung abgeben, ebensowenig wie die Volksabstimmung in Schleswig am 14. März 1920, wo es sich um die Frage »Deutsch oder dänisch« handelte und nicht um die Frage »Friesische Minderheit oder preussisch-deutsche Kolonie!«

Was übrigens die Wahlergebnisse anbetrifft, so bleibt es eine unumstössliche Tatsache, dass die friesische Minderheit bei den letzten Kreistagswahlen allein im Kreise Süd-Tondern, eines Teiles von Nordfriesland, ein eigenes Mandat erzielte.

Sogar der »Nordfriesische Heimat-Kalender« muss als Beweis der Abhängigkeit der Kulturpropaganda der friesischen Minderheit von »den dänischen Agitatoren« dienen, weil — der Kalender neben manchen deutschen Inseraten auch einige dänische enthält!

Wenn die Denkschrift des Nordfriesischen Vereins sagt: »Für ihre kulturellen Minderheitenrechte ist der preussische Minderheitenerlass sowie Artikel 113 der Deutschen Reichsverfassung vorhanden und anwendbar«, so muss die friesische Minderheit darauf hinweisen, dass der preussische Minderheitenerlass nur für die dänische Minderheit, und zwar geographisch beschränkt, und nicht für die friesische Minderheit gilt, dass der § 113 der Deutschen Reichsverfassung für die friesische Minderheit bisher nur auf dem Papier stand, und dass gerade der stetige Rückgang des friesischen Volkstums, seit Nordfriesland unter preussischer Herrschaft steht, die Anerkennung der friesischen Minderheit zu einer dringenden Notwendigkeit macht.

Der Verfasser der Denkschrift erklärt stolz: »Es ist nie Friesenart gewesen, anderswo Hilfe zu suchen.« Diese in der nordfriesischen Geschichte kaum begründete Behauptung wird aber sofort auf der nächsten Seite der Denkschrift widerlegt, wo es heisst: »Von den Behörden in Schleswig, Kiel und Berlin erwarten wir, dass sie unsere Sache wohlwollend und verständnisvoll fördern!

Die friesische Minderheit erwartet das auf Grund der bisherigen Erfahrungen nicht!

Ihr Misstrauen wird u. a. vollauf begründet durch den nach 60 Jahren preussischer Herrschaft endlich erschienenen Erlass der Regierung in Schleswig betr. »Pfleger der friesischen Sprache« und dessen seitherige Handhabung.

Eine besondere Beachtung erfordert die Stellungnahme der Denkschrift des Nordfriesischen Vereins zu den Schulforderungen des Friesisch-schleswigschen Vereins. Die Denkschrift ist damit einverstanden, dass im Geschichtsunterricht von der nordfriesischen Heimatgeschichte ausgegangen werden soll und dass dieser Unterricht sich streng an die geschichtlichen Tatsachen halten und jede nationalistische Verhetzung vermieden werden soll.

Dazu passt es allerdings schlecht, dass führende Mitglieder des Nordfriesischen Vereins bei vielen Gelegenheiten stark gegen Dänemark hetzen, und ebensowenig, dass man bisher nichts davon gehört hat, dass der Nordfriesische Verein sich für die Durchführung der Forderungen bezüglich des Geschichtsunterrichts eingesetzt hätte.

Die Denkschrift des Nordfriesischen Vereins erhebt aber den stärksten Widerspruch gegen die dritte Forderung des Friesisch-schleswigschen Vereins, dass nämlich der Unterricht in den friesisch-sprechenden Gegenden in friesischer Sprache erfolgen soll. Daran wird die beweislose Verdächtigung geknüpft:

»Diese Forderung ist nicht aus Liebe zum friesischen Volk und Volkstum heraus geboren, sondern aus dem Dogma, das in der dänischen Presse dauernd vertreten wird, dass die deutsche Sprache hier ein Fremdkörper sei.«

Der nordfriesische Verein nennt die Forderung, dass in allen Schulen Nordfrieslands die friesische Sprache als Unterrichtsgegenstand eingeführt werden soll, »sinnlos«. »Dergleichen ist Pseudoromantik schlimmster Sorte; jede Entwicklung soll verhindert werden oder doch rückgängig gemacht werden.«

Die friesische Minderheit ist der Ansicht, dass die nordfriesische Bevölkerung ein Recht darauf hat, die Sprache ihres Stammes kennenzulernen. Die Einführung der friesischen Sprache als Unterrichtssprache an allen Volksschulen in Nordfriesland wäre von hohem Bildungswert und liegt unbedingt im Interesse der friesischen Volkskultur.

Für den Nordfriesischen Verein ist das freilich »Pseudoromantik schlimmster Sorte«, d. h. nur, was die friesische Sprache anbetrifft. Es ist nach Meinung des genannten Vereins sicher keine Pseudoromantik, wenn nordschleswigsche Kinder mit dänischer Umgangssprache gezwungen werden, deutsch zu lernen. Und wenn der Nordfriesische Verein in Bohnstedt Kinder mit plattdeutscher Umgangssprache friesische Lieder erlernen lässt, so nähert sich das ja bedenklich der angeblichen »Pseudoromantik«, die von der friesischen Minderheit vertreten wird.

Es soll »gänzlich unmöglich« sein, das Friesische in den Schulen Nordfrieslands durch Unterricht wieder einzuführen. Beispiele von anderen Völkern und Sprachen beweisen das Gegenteil. Bei gutem Willen ist das eben sehr wohl möglich.

»Die Einführung der friesischen Unterrichtssprache, die technisch übrigens unmöglich ist, würde eine grosse innere Verarmung des Lan-

des bedeuten,« sagt die Denkschrift.

Es ist für den gesunden Menschenverstand geradezu unfassbar, dass die Kinder in den friesisch-sprechenden Gegenden nicht in ihrer Muttersprache unterrichtet werden könnten, und dass das eine grosse innere Verarmung bedeuten soll im Gegensatz zu dem jetzigen Modus, nach welchem die friesischen Kinder in einer fremden Sprache unterrichtet werden!

Nein, im Gegenteil, es würde eine Bereicherung bedeuten, denn nur mit der Muttersprache als Werkzeug kann die Seele des Kindes vollkommen der Kultur erschlossen werden, welche die Schule ihm vermitteln soll!

Die leidenschaftliche Ablehnung der Forderung, dass die friesischen Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden sollen, durch den Nordfriesischen Verein, nur weil er befürchtet, dass dadurch die deutsche Sprache leiden oder zurückgedrängt werden könnte, zeigt deutlicher als alles Andere, dass diesem Verein die Erhaltung des Deutschen wichtiger ist, als die Erhaltung und Förderung der friesischen Sprache, und dass es notwendig ist, die Nordfriesen in ihrem Volkstum vor der Unterdrückung durch das preussisch-deutsche Herrentum zu schützen durch die Anerkennung der friesischen Minderheit!

LAUSITZER-SERBEN.

Erneute Attaquierung der Lausitzer Serben. Eine in der politischen Oeffentlichkeit nicht alltägliche Erregung hat anfangs Januar ein Konzert hervorgerufen, das in Beograd von einem dortigen Gesangsverein veranstaltet wurde und zu dem ein beograder Privatmann zwei seiner Familie nahestehenden Lausitzer Serbinnen eingeladen hatte. In spaltenlangen Telegrammen berichtete als erster der Korrespondent des »Berl. Tageblattes« über »grosse Demonstrationen« der Lausitzer Serben in Beograd. Dem genannten Berliner Blatt schlossen sich nach und nach auch zahlreiche Provinzblätter an, die selbstverständlich alle — von der »Schlesischen Zeitung« in Breslau angefangen bis zum kleinsten Matritzenblättchen — ihren »südslavischen Sonderberichterstatte« ... in Berlin haben!

Auf Grund eingehender Erkundigungen hat sich ergeben: 1) dass die Einladung nach Beograd von rein privater Seite erfolgt ist und dass eine politische Propaganda und eine Agitation gegen das Deutsche Reich weder geplant war noch erfolgt ist. — 2) dass weder ein Empfang durch politische Persönlichkeiten erfolgte, kein Bankett stattfand, am Grabe des »Unbekannten Soldaten« kein Kranz niedergelegt wurde — obwohl das nichts anderes als einen Höflichkeitsakt bedeutet hätte —, dass ferner keine Hetzrede gegen Deutschland gehalten wurde, sondern ein sachlich einwandfreier wissenschaftlicher Vortrag in der Universität und dass ausser einigen Volksliedern und einem Gedicht von Seiten der beiden L. Serbinnen nichts gesprochen oder vorgetragen worden, was den Kraftaufwand in der rechtsdeutschen Presse auch nur einigermaßen rechtfertigen würde. Aus diesen Feststellungen geht eindeutig hervor, dass das »Berliner Tageblatt« auf die Sensationslüsternheit seines beograder Korrespondenten her-

eingefallen ist. Auf die Kommentare dieser Blätter einzugehen, lohnt nicht; nur ein Beispiel journalistischer Verantwortungslosigkeit sei immerhin festgehalten: das andre Mosseblatt, die radikaldemokratische »Berliner Volkszeitung« brachte es fertig, angesichts des sozialen Elends der Spreewälderbevölkerung zu schreiben: »... und ihre Frauen nähren als Ammen willig die Kinder ihrer Bedrücker«.

Wie wenig Sachlichkeit auch sonst dem Problem gegenüber aufgebracht wird, zeigt die einseitige Ausbeutung eines angeblich in der französischen katholischen Zeitung »La Croix« erschienenen Artikels, dessen Verfasser, P. de Sevaux, behauptet, die Lausitz bereist zu haben; leider ist den Lausitzer Serben selbst von seinem Besuch nichts bekannt.

An zwei nebeneinandergestellten Beispielen soll hier einmal gezeigt werden, wie verschiedenartig die Beurteilung der Situation der Lausitzer Serben erfolgen kann. Das Beispiel rechts ist dem »Berliner Tageblatt« (28. März 1926), Berichterstatter C. Klötzel, das Beispiel links der französischen Zeitung »La Croix«, Berichterstatter P. de Sevaux (dessen Originalartikel war trotz unserer Bemühungen von der Redaktion des »La Croix« nicht zu erhalten, sodass wir hier mit allem Vorbehalt die deutschen Propagandablätter zitieren) entnommen.

»La Croix«, Paris 1926.

P. de Sevaux.

»Die in jeder Hinsicht wohlwollende sächsische Regierung trägt den Wünschen der Wenden (Sevaux sagt immer Sorben) bezüglich ihrer Sprache und ihrer Gebräuche voll Rechnung. So vor allem in den zweisprachigen Schulen (die Elternausschüsse, welche den Charakter der Schule bestimmen, ziehen freilich in steigendem Masse rein deutschen Unterricht vor), in denen das Wendische, in den unteren Klassen vorherrscht, mindestens aber drei Stunden in der Woche einnimmt. In Preussen verhalten sich die Behörden weniger aktiv, ohne dass man freilich im mindesten von Unterdrückung, ja selbst nur von Nichtbegünstigung (défaveur) sprechen könnte. Der grosse Unterschied gegen Sachsen liegt darin, dass die drei Wochenstunden, die dem Wendischen gewidmet sind, ausserhalb des gewöhnlichen Klassenunterrichts erteilt werden und nicht obligatorisch sind. Es kommt noch hinzu, dass nur ganz besonders eifrige Wenden (les Sorbes ardents) ihre Kinder hineinschicken. Gläubige Protestanten in der Niederlausitz wünschen, dass wendische Kinder in rein deutschen Schulen wenigstens die Bibel auf wendisch lesen lernen. Im übrigen bemühen sich mehrere gewissenhafte Pastoren, oft deutschen Ursprungs, hier Abhilfe zu schaffen, indem sie Katechismusunterricht in wendischer Spra-

»Berl. Tageblatt«, 1926.

C. Klötzel.

»Dass das Vorkriegsdeutschland mit seinem Hlaktismus ihnen nicht grün war, versteht sich von selbst, obwohl die stramm nationale Gesinnung der Wenden bekannt war Leider sind die Verhältnisse der Wenden auch unter der Republik keineswegs erfreulich. Man hat sich trotz aller Erfahrungen deutscher Minderheiten mit der »nationalen« Politik anderer Staaten nicht dazu verstehen können, den Wenden jene geringen, unzweifelhaft berechtigten Wünsche zu erfüllen, die sie in Bezug auf ihr Volkstum und ihre Sprache haben. Tatsächlich wird an keiner Stelle des Spreewalds irgendwelcher wendischer Unterricht erteilt, die Schulbehörden in Kottbus in Gemeinschaft mit den nationalistischen Kirchenbehörden sabotieren die verfassungsmässigen Rechte und benachteiligen das Wendische wo sie nur können. Ja, es ist vorgekommen, dass Lehrer ihren Kindern verboten haben, im Verkehr mit den Eltern wendisch zu sprechen! Diese engstirnige Politik ist der deutschen Republik unwürdig. Sie ist ausserdem dumm. Wir sollten froh sein, eine volkliche Minorität in Deutschland zu haben, zu der wir das Verhältnis des Staates so sehr im Sinne der Gerechtigkeit und Toleranz gestalten können, dass wir damit ein Beispiel geben für die Art der Behandlung, die wir den deutschen Min-

che erteilen.« »Die Zeit, als man daran denken konnte, dass die Lausitz sich aufstacheln und zu bedauerlichen Ausschreitungen hinreissen lassen würde, ist längst vorüber. Es gibt keine wendische Nation, es gibt nur eine grosse Zahl von Sprachinseln, benagt vom Deutschen, welche auf die Dauer unter der steigenden Flut verschwinden werden. Der Gelehrte, der Freund alter Sitten und Trachten, fühlt hierbei ein stechendes Bedauern, die grausame Wahrheit ist es aber, dass der endgültige Zusammenbruch unvermeidlich ist.«

derheiten in anderen Ländern wünschen. Wie will man Herrn Mussolini entgegentreten, wenn ein paar Mussolinchens kleinsten Formats in Kottbus und Bautzen ohne Sinn und Verstand »germanisieren«. Die Vorwände dieser Herren sind allzu durchsichtig, als dass sie auch diskutabel wären.«

Auffallenderweise hat die deutsche Minderheitenpresse die unkontrollierten Behauptungen des französischen Blattes, — nebenbei bemerkt: mit verhetzenden Kommentaren! — veröffentlicht, die an Ort und Stelle durch Autopsie gewonnenen Erkenntnisse Klötzels jedoch seinerzeit vollständig totgeschwiegen! Dies sei hier für alle Fälle festgehalten, weil ein solches Verhalten der deutschen Minderheitenpresse besonders charakteristisch ist.

Charakteristisch ist aber auch die Tatsache, dass der rein private Besuch in Beograd zu einem Politikum gemacht wurde, nicht etwa, weil dazu von den Lausitzer Serben oder irgend einer offiziellen beograder Seite Veranlassung gegeben worden wäre, sondern weil aus aussenpolitischen Gründen erwünscht erschien, die Bedeutung Berlins gegenüber Beograd irgendwie hervorzuheben. Wahrscheinlich hat sich aus Wichtigtuerei der Korrespondent des »Berliner Tageblatt« als offiziöses Werkzeug gefühlt. Dass aber solch gewaltsame Verbiegung einer privaten Angelegenheit auch den deutschen Minderheiten nicht dienlich sein kann, mag hier dargetan werden. Diese Minderheiten besuchen Deutschland, werden von offiziellen Stellen empfangen und begrüsst, durch Staatsbetriebe und Institutionen geleitet, ja es gibt deutsche Minderheiten, die in ihren Siedelungsstaaten von reichsdeutschen Politikern und Gelehrten, von Journalisten und Parlamentariern besucht werden und die sogar in breitestem Oeffentlichkeit den Deutschlandsgedanken in den betreffenden Fremdstaaten propagieren, ohne dass es irgend jemand einfällt, daraus Staatsaktionen der Art zu machen, wie es in dem hier behandelten beograder Falle geschehen ist. Es sei hier daran erinnert, dass seinerzeit, als der Führer der deutschen Minderheit, also ein jugoslavischer Staatsbürger, misshandelt wurde, der Gesandte des deutschen Reichs im beograder Aussenministerium Vorstellungen erhob und das dieses in die inneren Verhältnisse eines Staates eingreifende Vorgehen damit begründet wurde, dass Deutschland seine Minderheiten schützen müsse. Hier war — bei aller Würdigung der rein menschlichen Seite des Falles — damals die Frage aufgeworfen worden, was man wohl in Berlin sagen würde, wenn der Gesandte eines slavischen Staates analog in Deutschland vorgehen wollte. Auch ohne dass es irgend einer politischen, diplomatischen oder sonst öffentlich tätigen Persönlichkeit Jugoslaviens eingefallen wäre, ähnlich zugunsten der Lausitzer Serben zu intervenieren, wie es seinerzeit Herr v. Ohlshau-

sen in Beograd tat, hat es sich gezeigt, dass man in Deutschland nur empfindlich ist, wenn es sich um das Recht oder die Interessen eines deutschen Volkstumsangehörigen fremder Staatsangehörigkeit handelt, mit Ruhe aber die Entrechtung seiner eigenen Staatsbürger nichtdeutscher Nationalität ansieht oder entschuldigt. Dies festzustellen ist umso notwendiger, weil sich leider auch der Volksrat der Lausitzer Serben bemüssigt gesehen hat, den Besuch in Beograd zu missbilligen und zwar bevor er überhaupt einen authentischen, sachlich richtigen und tendenzlosen Bericht hatte.

Wie wenig begründet die Be- und Verurteilung der beograder Angelegenheit durch deutsche Politiker ist, zeigen folgende Zitate aus einem Reisebericht einer deutschen Minderheit.

In »Ostland« (Heft 1, 1927) schreibt Dr. R. Csaki-Hermannstadt über »Eine siebenbürgisch-sächsische Volkstumsreise durch Deutschland« u. a.: »Die Wechselbeziehungen zwischen Binnen- und Auslandsdeutschum verdichten sich in zunehmendem Masse durch grössere Fahrten, die von beiden Seiten aus unternommen werden, um sich zu unterrichten, persönliche Anknüpfung zu finden und um die verbindende Arbeit auf eine aus eigener Anschauung erworbene Grundlage zu stellen Es bedarf keiner schauspielerischen Aufmachung — die vielfarbige und doch vornehme Volkstracht, die alte Volksmusik und der streitbare, wichtige Ton des neueren Volksliedes — all das wirkt mit seiner inneren Ruhe und Festigkeit Man stelle sich nur vor wenn 12 Volksschullehrer aus fast allen Bezirken des Landes als reife Menschen zum ersten mal in ihrem Leben im Rahmen einer so sorgfältig vorbereiteten, überall von Behörden gestützte Fahrt Deutschland kennen lernen dürfen Dresden, das erste Grosstadtbild zwei Abende in der Oper — Leipzig! Empfang durch die Oberbürgermeister, Festaufführung im Opernhaus das Völkerschlachtdenkmal ein Wecken geschichtlicher Vorstellungen auf geheiligtem Boden Halle — der Senat und die Gesamtstudentenschaft empfängt mit dem Rector magnificus an der Spitze im Festsaal der Universität Halle — Wittenberg die in Tracht erscheinenden Gäste.«

Beachtet man, dass der Besuch der Lausitzer Serben in Beograd eine reine Privatangelegenheit zweier Einzelpersonen war und stellt man demgegenüber, dass die oben erwähnte Reise »sorgfältig vorbereitet« wurde und vergleicht man endlich das, was in beiden Fällen tatsächlich geschehen ist: es wird hoffentlich auch in Deutschland noch Menschen geben, die zu erkennen imstande sind, dass es nicht im Interesse der deutschen Minderheiten liegen kann, die Lausitzer Serben zu verdächtigen und aus einer an sich durchaus einwandfreien Sache ein journalistisches Spektakelstück zu machen, wie es leider durch das Vorgehen der deutschen Presse geschehen ist.

Die Minderheiten in den Fremdstaaten.

BULGARIEN.

Die Lage der nationalen Minderheiten in Bulgarien. In dem Bestreben der europäischen Mächte, Einfluss auf die Balkanpolitik zu gewinnen, benutzten sie schon vor dem Kriege unter anderen vielfach das Mittel der Kolonisierung. Die deutschen Siedelungen übertrafen dabei die anderen bei weitem. Nach dem Kriege setzte besonders ein starker Zuzug deutschen Elements nach dem ehemals verbündeten Bulgarien ein. Schätzungsweise nimmt man die Zahl der Deutschen auf etwa 6000 an. Davon können jedoch nur etwa 8 % als nationale Minderheit betrachtet werden, da die Mehrzahl entweder Angehörige des Deutschen Reichs oder Oesterreicher sind. Die deutsche nationale Minderheit setzt sich grössten Teils aus bauerlichen Kolonisten zusammen, die aus Siebenbürgen und Bessarabien einwanderten und sich im Norden Bulgariens ansässig machten. Sie gehören jetzt durchweg der wohlhabenden Schicht an, haben eigene deutsche Schulen und Kirchen und in dem Dorfe Endsche bei Schumen unter Leitung rheinländischer Schwestern ein Schülerheim, in das man auch bulgarische Kinder aufnimmt. Die deutschen Reichsangehörigen und Oesterreicher wohnen meistens in grösseren Städten. Alle Versuche einer Vereinigung der Deutschen scheiterten entweder an der Abneigung des Oesterreichers gegenüber dem Reichsdeutschen oder an der Interessenlosigkeit der nationalen Minderheiten. Nichtsdestoweniger arbeiten die deutschen Reichsangehörigen mit grosser Zähigkeit an der Stärkung der deutschen Minderheiten, überhaupt des Deutschtums in Bulgarien. In den letzten zwei Jahren hatten sie gute Erfolge zu verzeichnen. An den Schulen in Sofia, Philippopol und Plowdiw werden abendliche Sprachkurse abgehalten. In Plowdiw ist die deutsche Schule zu einem Handelsgymnasium ausgebaut, in Ruse eine neue deutsche Schule eröffnet und die deutschen Schulen in Sofia und Philippopol derartig erweitert, dass jetzt 550 bzw. 232 Kinder darin Platz finden. Ferner ist nach dem Muster der französischen Kolonie an die Gründung eines deutschen Heims mit Bücherei und Lesezimmer geschritten worden. Ein deutscher Privatdocent, der an der Universität in Sofia Vorlesungen hält, wird hier Unterricht in deutscher Sprache und Schrift erteilen.

Eine wesentliche Unterstützung findet diese ganze Kulturpolitik oder Aussenpolitik in dem Ende Dezember 1925 gegründeten Bulgarischen Deutschen Kulturverein, ferner in einer in Deutschland ins Leben gerufenen Deutsch-Bulgarischen Gesellschaft u. a. mehr. Aber auch andere Nationalitäten, so neuerdings besonders die Engländer, bemühen sich durch derartige Vereine ihre Geisteskultur zur Geltung zu bringen. Als Vorbild schwebte allen die mustergültige Kulturarbeit der »Alliance Française« vor, die, obwohl sie nur 500 Seelen zählt, durch ihre 3 französischen Schulen in Sofia und ihr musterhaftes Heim am einflussreichsten gilt. Indessen scheiden für eine minderheitliche Betrachtung die beiden letztgenannten Nationalitäten aus, da sie fast keine bulgarischen Staatsangehörigen besitzen. Anders verhält es sich mit der in Frage kommenden deutschen Minorität. Es zeigt sich, wie planmässig vom Mutterlande aus an die Stärkung der völkisch deut-

schen Minderheiten geschritten wird, wobei man sich nicht verhehlen kann, dass die Triebfedern letzten Endes staatspolitische Beweggründe sind. Ähnliche Parallelen, in denen die Tendenz erkennbar wird, die nationalen Minderheiten als machtpolitisches Instrument des Mutterlandes zu benutzen, liessen sich in viel deutlicherem Masse bei den deutschen Minderheiten in den Nachfolgestaaten ziehen. Es muss jetzt schon darauf hingewiesen werden, dass diese Bestrebungen gänzlich neue Gesichtspunkte für die Behandlung des Minderheitenproblems hervorbringen werden.

ČECHOSLOVAKEI.

Die Einstellung der deutschen Regierungsparteien zum čechoslovakischen Mehrheitsvolk.*) Durch den Eintritt des deutschen »Bundes der Landwirte« und der »Deutschen christlich sozialen Volkspartei« in die Prager Regierung begann allmählich in der deutschen Minderheit ein Kristallisierungsprozess, der wahre nationale Minderheiten von den illoyalen nationalistischen Parteien trennte. Die Oppositionswirkungen zeigten sich bald in einem Anfang Dezember 1926 erklärten Austrittsbeschluss der deutschen Nationalsozialisten aus dem Deutschen Verbands. Nur die realpolitische Vernunft gestattete noch die Einschränkung, mit den übrigen deutschen Parteien in nationalpolitischen Fragen verhandlungsbereit zu bleiben. Neue Nahrung zu den heftigsten Angriffen gegenüber der beginnenden staatsbejahenden Einstellung eines deutschen Volksteils in der Čechoslovakie gaben die Loyalitätserklärungen des deutschen Arbeitsministers Dr. Spina an einen Correspondenten des »Matin«.

»Wir haben hier«, so führte Prof. Spina aus, »1000 Jahre mit den Čechen zusammengelebt und sind mit ihnen durch ökonomische, soziale und kulturelle Bande, ja selbst durch Bande der Rassenmischung so eng verknüpft, dass wir mit ihnen eine wirkliche Einheit bilden. Wir sind sozusagen nur verschiedene Muster in dem gleichen Teppich. Man kann einen Teppich zerschneiden, aber man kann seine Blumen nicht auseinanderlegen. Wir leben mit den Čechen in einem Stande der Symbiose, wir haben eine Vernunftzue mit ihnen geschlossen, und man kann uns nicht von einander trennen. Selbst Bismarck hat das begriffen, nach Sadowa, und sich mit ganzer Kraft den preussischen Fürsten und Generälen entgegengestellt, die Böhmen zerstückeln wollten. Unter diesen Umständen kann uns die Anschlussbewegung in keiner Weise berühren.«

In der »Bohemia« ergänzte der Minister, als Vertreter des deutschen Aktivismus, seine Stellungnahme und erwähnte, dass die deutsch-čechische Sprachgrenze »keine Kulturgrenze, keine wirtschaftliche Grenze und infolgedessen auch keine Zollgrenze sein kann«. Durch die deutsch-čechische Annäherung müsse allmählich eine Entgiftung der innerpolitischen Atmosphäre erreicht werden. Es ist klar, dass alle staatsunterminierenden Bestrebungen der deutschen Negativisten nur auf künstliche Weise in die vorurteilslose Masse der deut-

*) Vergleiche hierzu den Artikel »Die deutsche Minderheit in der Čechoslovakie« im vorliegenden Heft der »Kulturwehr«.

sehen Minderheit getragen und durch eine gewissenlose Presse genährt werden. Ohne Bedenken forderte eine deutsche Zeitung in der Cechoslovakei zur schärferen nationalen Opposition auf, damit eine ruhige Konsolidierung des čechoslovakischen Staatswesens trotz der deutschen Gegenströmung vereitelt wird. Mögen solche »nationale Minderheiten«, deren Hasspolitik von entgleisten Politikern im Auslande dirigiert und unterstützt wird, den Ruhm ernten, neue Keime für ein millionenfaches Menschenschlachten gelegt zu haben, statt die durch ihre minderheitliche Stellung gegebene Rolle eines berufenen Vermittlers zur Befriedung Europas zu spielen. Der minderheitspolitischen Forderung jedoch, getreu dem Spruch: *sumum cuique* in dem einmal gegebenen Staatsrahmen eine vernünftige und humane Lösung eines naturrechtlichen Postulates zu erstreben, stellen sich die Fasziisten der Minderheit nur hemmend und hindernd in den Weg. In ihrem chauvinistischen Streben giessen sie nur Wasser auf die Mühlen der nationalistischen Heisssporne hüben und drüben. Dabei erreichen sie höchstens die Stärkung minderheitsfeindlicher Strömungen im Mehrheitsvolk und schaffen damit die psychologischen Voraussetzungen völkermordernder Konflikte.

Die geplante Schulselbstverwaltung. Der Unterrichtsminister Dr. Hodža hielt bekanntlich im November vorigen Jahres ein interessantes Referat über das Schulwesen in der Cechoslovakei, aus dem besonders die Andeutungen über die Frage der Selbstverwaltung der Schulen grösste Aufmerksamkeit in der minderheitlichen Presse fanden. Danach steht die Lösung der Schulreform und deren Selbstverwaltung unmittelbar bevor. Die ersten Schritte sollten in den Bezirken unternommen sein, in denen die neuen verwaltungstechnischen Landeseinteilungen bereits in Erscheinung traten. In den übrigen Gebieten, den sogenannten geschichtlichen Ländern, soll die Reform bis zum Sommer durchgeführt werden, in Uebereinstimmung mit dem Gausgesetz, das unabhängig vom Stand der Reform ab 1. Juli 1927 in Kraft tritt. Der Minister ist überzeugt, dass die nationalen Minderheiten ohne Unterschied in den Bezirks- und Landesausschüssen der Selbstverwaltung und in der Einsetzung nationaler Gauschulräte für die betreffende Minderheit einen geeigneten Weg für die Erfüllung ihrer Wünsche finden. Diese Zuversicht stützt sich nach der Aussage eines deutschen Parlamentsmitgliedes auf eine Einigung mit dem deutschen parlamentarischen Schulausschuss, der schon wochenlang vorher an einem eingehenden Entwurf zur Einführung der Schulautonomie gearbeitet hatte. Die Regierung greift hier auf eine Anregung zurück, die der jetzige Minister und frühere oppositionelle deutsche Abgeordnete Dr. Spina in einem Antrag zum Ausdruck brachte, und die schon damals die čechische Presse für diskutabel erklärte. Ein Teil der deutschen Presse in der Cechoslovakei gibt denn auch zu, dass nach der Regierungsbeteiligung ein merklicher Zug zum Besseren zu verspüren, eine loyale Einstellung zur Cechoslovakischen Republik doch realpolitischer ist und den Minderheiten gewinnbringender zu sein scheint. Dieser Einsicht suchen sich wie immer die deutschen Negativisten in ihrer Voreingenommenheit gegen den čechoslovakischen Staat zu verschliessen. Für sie gelten die

Worte des Schweizer Hochschulprofessors Dr. Bovet, der in einem Vortrage an die Schweizer Hochschulvereinigung für den Völkerbund vor dem grössten Gegner der Minderheiten, dem Irredentismus, warnte. »Werfen sie sich diesem in die Arme,« sagte Bovet, »dann hindern sie ihren Staat, ihren Wünschen nachzugehen und hindern den Völkerbund für sie einzutreten.«

Zu der Frage der Selbstverwaltung bezeichnete vor kurzem die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei die gegenwärtige staatliche Einheit zwischen Čechen und Deutschen in den historischen Grenzen Böhmens, Mährens und Schlesiens als eine unabänderliche Symbiose. Auf ihrem letzten Parteitag wurde zur innerpolitischen Lage folgende programmatisch anmutende Resolution gefasst: »Das Sudetendeutschtum in der Tschechoslovakischen Republik steht vor der Entscheidung, ob es den Kampf um sein Recht auf dem Heimatboden durchführen will. Die Frage der inneren Verfassung und Verwaltung dieses Staates ist im vollen Umfange aufgerollt. Wenn es den Slovaken möglich wird, durch die Beteiligung an der Regierung dieses Staates, Herren auf dem eigenen Heimatboden zu werden, dann muss das Sudetendeutschtum um so mehr die Möglichkeit wahrnehmen, mit allen Mitteln dafür zu kämpfen, dass in diesem Staate ein jedes Volk Herr auf seinem eigenen Heimatboden wird. Weder das vom revolutionären Nationalkonvent beschlossene Gaugesetz, noch die geplante Aenderung der Verwaltung trägt den Grundsätzen einer freiheitlichen Verwaltung oder den berechtigten Ansprüchen der Deutschen auf Selbstverwaltung in ihrem Siedlungsgebiete Rechnung. Die deutsche nationalsozialistische Arbeiterpartei ruft das Sudetendeutschtum auf zum Kampf für die Selbstverwaltung auf der Grundlage national abgegrenzter Siedlungsgebiete.«

Nicht minder interessant sind die Ausführungen des Senators Dr. Jesser über die sogenannte sudetendeutsche Volksgemeinschaft. Jesser sagte in seinem Prager Vortrag u. a., dass die Organisation namentlich im deutschen Siedlungsgebiet sehr langsam vor sich gehe. Mehr Verständnis sei ihr im gemischtsprachigen und im sprachlichen Grenzgebiet entgegengebracht worden. Vor allem hinderlich sei den Bemühungen die Prestigefrage. Der Entwurf, der im Vorjahre den einzelnen deutschen Parteien vorgelegt worden sei, diene auch weiterhin als Grundlage zur Schaffung dieser Organisation. Dr. Jesser nannte es das tragische Geschick aller Grenzlanddeutschen, dass sie zwischen dem völkischen Ideal und dem rein wirtschaftlichen Interesse hin- und hergerissen werden und in einen inneren Zwispalt geraten, der sich auch in der Politik ausdrücken müsse. In Deutschland rechne heute jede der grossen Parteien mit einer langsamen und allmählichen Entwicklung. Mit diesen Tatsachen müssten auch die sudetendeutschen Politiker rechnen, sowohl die der Regierungsparteien als auch die der Opposition.

Das Sprachenproblem in der Čechoslovakiei. Vor einigen Wochen gab das Justizministerium einen Erlass zur Sprachenverordnung heraus, der seiner juristischen Natur nach den bestehenden Rechtszustand nicht ändert, aber einen derartigen Kommentar darstellt, der für die nationalen Minderheiten grosse Erleichterung bietet. Bemerkens-

wert sind die Weisungen an die Gerichte in den Bezirken mit weniger als 20 Prozent Minderheiten. Diejenigen Personen, die Angehörige einer in demselben Oberlandsgerichtssprengel befindlichen Minderheit sind, können ohne Dolmetscher in ihrer Sprache vernommen werden, wenn das Gericht oder die Behörde überzeugt sind, dass der Befragte in der Staatssprache sachlich nicht richtig aussagen kann. Auch mit der Partei kann in ihrer Sprache verhandelt werden, wenn sie keinen Bevollmächtigten hat oder nicht durch einen Rechtsanwalt vertreten ist. Ferner werden Gerichte, Behörden und öffentliche Organe verpflichtet, den staatssprachunkundigen Personen die nötigen Uebersetzungen und Aufklärungen bei Dokumenten, Akten etc. in der Minderheitensprache zu geben, sofern den Parteien die nötigen Sprachkenntnisse fehlen. Desgleichen sollen die weiteren Instanzen den minderheitlichen Berufungen in derselben Weise entgegenkommen. Schon vor dem Erlass erklärte der deutsche Justizminister Dr. Mayr-Harting, es sei ein Fehler der Deutschen gewesen, nicht čechisch zu lernen. Nun aber hole man dieses nach und gebe die Kenntnis der Staatssprache als selbstverständliche Forderung zu. Auf der einen Seite stellt man diese Forderung als eine Staatsnotwendigkeit für die Verbilligung und schnellere Erledigung der Staatsverwaltung hin, auf der anderen Seite betont man wieder eine in dieser Forderung zu erblickende Beeinträchtigung minderheitlicher Belange. Naturgemäss wird es hier sehr schwer sein, beiden begründeten Ansichten gerecht zu werden, da die Grenze zwischen čechischem und deutschem Volkstum gänzlich verwischt ist und rein deutsche Ortschaften überhaupt nicht existieren. Die durch die Sprachenverordnung vorgesehene Mehrsprachlichkeit macht sich vor allem in der Rechtspflege durch die langsamer und schleppender werdende Erledigung anhängiger Rechtssachen und in der sichtlich sinkenden Qualität gerichtlicher Entscheidungen sehr unangenehm fühlbar. Denn die Uebersetzungsarbeiten aus der Minderheitssprache in die Staatssprache oder umgekehrt nehmen in erhöhtem Masse Zeit für einen Rechtsstreit in Anspruch, namentlich dort, wo sich keine sprachlich qualifizierte Minderheiten über 20 Prozent befinden und Organe und Behörden nur unvollkommen die jeweilige Minderheitssprache beherrschen. Abgesehen von der finanziellen Mehrbelastung durch Anstellung von Dolmetschern, bedeutet die vorgeschriebene Zulassung mehrerer Sprachen auch eine wesentliche Erschwerung der richterlichen und verhaltungsamtlichen Tätigkeit. Es besteht z. B. in der Rechtspflege die Gefahr, das Urteilsformulierungen und -begründungen beiderseits Missverständnisse und damit Verwirrungen schaffen, ja sogar zu Fehlurteilen führen, weil ein juristisch technisches Wort nicht verstanden wird und in der anderen Sprache keinen passenden Ausdruck gefunden hat. Scheinbar unüberbrückbar stehen sich hier Minderheits- und Staatsinteressen gegenüber, deren gerechte Befriedigung eine noch so elastisch gehaltene Sprachenverordnung wohl kaum erschöpfend zu regeln vermag. Vielmehr wird in konkret gegebenen Fällen eine friedliche Lösung stets von dem guten Willen und der Nachgiebigkeit auf beiden Seiten abhängig bleiben.

Für die parlamentarischen Beziehungen ist jedoch eine feste Ab-

grenzung und Regelung der Geschäftsordnung unerlässlich. Das jetzige parlamentarische Sprachenrecht, das schon oft Anlass zu Konflikten für die deutsche Minderheit gab, setzt für die Geschäftsführung in § 49 Abs. 1 allgemein den Gebrauch der tschechoslowakischen Sprache fest. Jedoch lässt der neunte Absatz des § 49 bei schriftlichen Anträgen eine Uebersetzung in der Sprache des Interpellanten zu. Der schriftliche Sprachgebrauch findet also im Gesetze bei Plenarsitzungen eine die Minderheiten berücksichtigende Behandlung. Kompliziert wird aber die Rechtslage in der Geschäftsordnung der parlamentarischen Ausschüsse, in denen teils die Bestimmungen der Plenarsitzungen, teils Sonderbestimmungen gelten. Hier befindet sich der eigentliche Streitherd, dessen Beseitigung man durch eine Neuordnung des parlamentarischen Sprachenrechtes vielfach für notwendig erachtet und der das Justizministerium vor schwierige grundsätzliche Fragen stellen wird.

DÄNEMARK.

Die Wahlen in Dänemark und ihr minderheitspolitisches Interesse.

Die Folkethingswahlen in Dänemark, die der nachfolgende Aufsatz unseres J. B.-Mitarbeiters ausführlich beleuchtet, waren typische Minderheitenwahlen. Das Programm der deutschen Minderheitspartei enthielt eine Reihe von Punkten, die geeignet und bestimmt waren, die Selbstyrebewegung Cornelius Petersens in das deutsche politische Strombett aufzufangen und so daraus wahltaktisch Kapital aus der bauerlichen Unzufriedenheit zu schlagen. Dem Kenner der Verhältnisse ist es ganz klar, dass der Zuwachs von 3000 Stimmen nicht aus der Mitte der deutschen Minderheit stammt, sondern einen Zufallsgewinn darstellt, den festzuhalten die Minderheit die grössten Anstrengungen zu machen gezwungen sein wird; sie selbst rechnet jetzt schon mit diesen Schwierigkeiten und sucht sie durch agitatorische und finanzielle Machtentfaltung zu überwinden. Für die nächsten Wahlen wird erhofft, die zu einem 2. Mandat fehlenden Stimmen und damit die Möglichkeit zu erreichen, der irredentistischen Rückkehrbewegung neue Stosskräfte zuzuführen. Minderheitspolitisch ist es jedoch zu begrüssen, dass die dänische Gesetzgebung eine parlamentarische Vertretung der deutschen Minderheit ermöglicht; dass die Minderheit trotzdem nicht imstande ist, das richtige Mass von Staatsgefühl und staatsbürgerlicher Loyalität aufzubringen, ist eine Angelegenheit, die hier nicht erörtert werden soll. (Anmerkung der Redaktion der „Kulturwehr“.)

Am 2. Dezember 1926 fanden in Dänemark die Wahlen zum Folkething (Reichstag) statt, die das bisherige sozialdemokratische Ministerium Stauning in die Minderheit versetzten und den Rücktritt desselben herbeiführten. Die Regierungsbildung ist von der Venstrepartei, der sogenannten Bauernlinken, übernommen worden. Uns interessieren die dänischen Wahlen namentlich vom minderheitspolitischen Gesichtspunkt aus gesehen, es werden aber sicher auch einige Angaben über die allgemeinen politischen Verhältnisse in diesem Staate nicht ohne Interesse sein. Zum Verständnis derselben sei deshalb vorausgeschickt, dass im dänischen Parlament vier grosse Parteien vertreten sind, ausser einigen kleinen Parteien ohne jede Bedeutung, und zwar die Sozialdemokraten (53 Sitze), die Ven-

strepartei (47 Sitze), die Konservativen (29 Sitze) und die Radikalen (16 Sitze). Die dänische Verfassung beruht auf dem vollkommenen allgemeinen und gleichen Wahlrecht mit dem Zweikammersystem. Das Wahlalter für das Folkething (erste Kammer) ist 25 Jahre, und für das Landsting (zweite Kammer) 35 Jahre. Die Anzahl der Mandate für das Folkething wird festgestellt auf Grund eines Verteilungsquotienten in den einzelnen Hauptwahlkreisen. Die Wahl zum Landsting geschieht durch Wahlmänner (ein Wahlmann für je 1000 Einwohner). 18 der 72 Abgeordneten dieser Kammer werden von den bisherigen Mitgliedern der alten Kammer gewählt.

Die jetzige Regierungspartei in Dänemark ist seit den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts die mächtige Vorkämpferin des demokratischen Gedankens und der freiheitlichen Verfassung vom 5. Juni 1849 gewesen, und aus ihren Reihen ist eine grosse Anzahl der bedeutendsten dänischen Politiker, wie C. Berg und J. C. Christensen, hervorgegangen. In den Jahren des Verfassungskampfes gab es überhaupt nur zwei Parteien in Dänemark Højre (Rechts) und Venstre (Links). Aus der Højrepartei ist die heutige konservative Volkspartei hervorgegangen, welche die allgemeinen konservativen Grundanschauungen vertritt und hauptsächlich ihre Anhänger in der Industrie und dem adeligen Grossgrundbesitz hat, während die grosse Masse der Bauernbevölkerung des Landes in der Hauptsache die Wählerschaft der Venstrepartei ausmacht. Später (1905) hat sich aus dem linken Flügel der Venstrepartei die »radikale Venstrepartei« ausgeschieden, um näheren Anschluss an die Sozialdemokraten zu suchen. Sie nimmt heute eine ähnliche Stellung ein, wie die Demokraten unter den Parteien Deutschlands, hat aber bei den letzten Wahlen einen derartigen Stimmenverlust und Mandatenschwund zu verzeichnen gehabt, dass schon mehr von einer Katastrophe in der Partei gesprochen werden muss. Die Sozialdemokratie in Dänemark hat zum Teil den Verfassungskampf gemeinsam mit der Venstrepartei geführt, später zeigt ihre Parteigeschichte dann dasselbe Bild wie in den übrigen europäischen Ländern.

Das Stärkeverhältnis im vorigen dänischen Reichstag war Sozialdemokraten und Radikale 75 Mandate, Venstre und Konservative 72 Mandate. Das Ergebnis der Wahlen am 2. Dez. des vorigen Jahres war wie bekannt Venstre und Konservative 76 Mandate (47 + 29) und Sozialdemokraten und Radikale 69 Mandate (53 + 16). Ausserdem besitzt eine sogen. Rechtspartei (eine Art Bodenreformpartei) 2 Mandate und die deutsche Minderheit 1 Mandat. Trotzdem also eine absolute bürgerliche Mehrheit vorhanden ist, haben die beiden bürgerlichen Parteien sich doch nicht auf eine gemeinsame Regierung einigen können, da die Bauernlinke unbedingte Vertreterin des Freihandelsprinzips ist und dabei die gesamte Bauernschaft des Landes hinter sich hat, während die Konservativen für Zollmassnahmen plädieren. Die Bauernlinke hat deshalb alleine das Kabinett Madsen-Mygdal gebildet und sich als Aufgabe gesetzt, die schwere Wirtschaftskrise zu beheben, die in Verbindung mit der Valutastabilisierung entstanden ist und von der bisherigen sozialdemokratischen Regierung nicht gelöst werden konnte.

Diese Krise zeigt ihre grössten Auswirkungen in dem wiedervereinigten Nordschleswig. Bei dem Uebergang vom deutschen in den dänischen Staatsverband hat die nordschleswigsche Bevölkerung, die überwiegend dem Bauernstande angehört, schwere Verluste erlitten. Das aufgesparte Betriebskapital in Mark ging durch die deutsche Inflation vollkommen verloren, die deutsche Kriegswirtschaft hatte die Ställe geleert und das Land ausgepowert, Hypotheken wurden zu den ungünstigsten Kursen in dänische Valuta umgesetzt und dazu kam die Notwendigkeit einer durchgreifenden Betriebsumstellung und Anpassung an die dänische Wirtschaft, die an sich schon grosse Mittel beanspruchte.

Dänemark hat zur Behebung dieser Uebergangsercheinungen in seiner Grenzprovinz za. 500 Millionen Kronen angewandt, aber diese Hilfe hat trotzdem nicht verhindern können, dass sich die allgemeinen Wirtschaftsschwierigkeiten in diesem Gebiet doppelt hart auswirken. Das hat zu einer gewissen Unzufriedenheit geführt, die sich in der sogen. »Selbstverwaltungsbewegung« am schärfsten äusserte. Sie wurde entfacht und geleitet von einem Hofbesitzer, der früher deutsch war, während des Abstimmungskampfes aber aus gründlicher Kenntnis der Verhältnisse und auf Grund seiner dänischen Abstammung warm für die Wiedervereinigung Schleswigs mit Dänemark eintrat. Es gelang der Bewegung für kurze Zeit mit wirtschaftlichen Argumenten in der Bevölkerung Boden zu fassen, als sie aber die administrative Wiedererrichtung der alten Königsaugrenze proklamierte, wandte sich der weitaus grösste Teil ihrer dänischen Anhänger von ihr ab, und das Wahlergebnis wurde für sie eine wahre Katastrophe, sie erhielt nur 2134 Stimmen von reichlich 65 000 Stimmen überhaupt, die in Nordschleswig abgegeben wurden. Von vornherein stiess sie aber auf das grösste Wohlwollen bei der deutschen Minderheit, wenn die Führer derselben auch aus taktischen Gründen einen scharfen Strich zwischen sich und der Selbstverwaltungsagitation zogen. Man sah hier schon ähnliche Agitationsmöglichkeiten voraus, wie sie die deutsche Grenzpropaganda in der Autonomiebewegung in Elsass-Lothringen gefunden hat. Inhaltlich akzeptierte die deutsche Minderheit das ganze Selbstverwaltungsprogramm und stellte Kandidaten auf, die hervorragend an der Schürung der Unruhe durch die Selbstverwaltungsagitation beteiligt gewesen waren. Es soll sogar ein scharfer Zwist im deutschen Lager darüber ausgebrochen sein, dass Pastor Schmidt nicht oppositionell genug im dänischen Reichstag aufgetreten sei und es versäumt habe, selbst die Selbstverwaltungsparole herauszugeben und die Königsaugrenze gefordert zu haben. Das deutsche Wahlprogramm liess denn auch an Schärfe und Herausforderung gegen den dänischen Staat nichts zu wünschen übrig.^{*)} Sogar eine der führenden

^{*)} Das Programm der deutschen Minderheit bei den dänischen Wahlen am 2. Dez. lautete: 1. Wir wollen eine neue Grenzentscheidung. Weg mit Versailles. 2. Wir wollen unabhängig davon wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland. 3. Wir wollen als deutscher Volksteil unser eigenes nationales Leben führen und fordern dafür kulturelle Selbstverwaltung. 4. Die Sonderkosten der nationalkulturellen Ordnungen muss der Staat tragen helfen. 5. Wir wollen, dass das nationale Ringen ohne Herabsetzung des anderen Volkes geführt wird. 6. Nordschleswig ist als Selbstverwaltungskörper einzurichten.

deutschen Zeitungen, das »Berliner Tageblatt«, sah sich genötigt, im Interesse des guten deutsch-dänischen Einvernehmens von dem Programm scharf abzurücken. Als Minderheitenbewegung hat sich das Deutschtum in Dänemark stark kompromittiert, aber das Ziel wurde erreicht; durch die rücksichtslose und demagogische Ausnutzung der augenblicklichen Wirtschaftsnot gelang es, die deutsche Stimmenzahl von 7663 auf 10 463 zu erhöhen oder von 13,5 auf 16,5 % aller abgegebenen Stimmen im dänischen Nordschleswig. Diese Ausnutzung beschränkte sich nicht nur auf Wahlpropaganda, sondern wurde wirksam unterstützt von einem mit reichsdeutschem Kapital arbeitenden Kreditinstitut, das nicht nur an Angehörige der deutschen Minderheit Hypotheken verleiht, sondern namentlich an dänisch gesinnte, wirtschaftlich schlecht gestellte Landwirte. Unter der Bedingung des Vorkaufsrechtes und der Entfernung der dänischen Fahnenstangen werden Höfe bis über den Schornstein beliehen, und man hofft offenbar, so langsam den dänischen Boden in deutschen Besitz zu bringen und damit ein Ziel zu erreichen, das man in 60 Jahren preussischer Herrschaft trotz der bekannten Bodengesetze nicht zu erreichen vermochte.

Dänischerseits legt man diesem Wahleresultat und dessen Bewertung in der deutschen Presse, die daran sofort die Hoffnung eines baldigen Wiedererwerbs dieser Gebiete knüpfte, keine allzugrosse Bedeutung bei. Die Politik der gefüllten Briefftasche ist eine schlechte Grundlage für jede ideelle Bewegung. Wenn auch die nationalistische deutsche Presse scheinbar vollkommen das Wertmass für nüchterne Zahlen verloren hat, wird man sonst überall doch die Tatsache bemerken, dass in dem dänischen Grenzgebiet den 10 000 deutschen Stimmen 57 000 dänische gegenüberstehen, die auch 60 Jahre nationales Leid vor dem Kriege nicht zum Deutschtum bekehren konnten. Was bedeuten in einem solchen Grenzgebiet 3000 Stimmen von national Indifferenten, die es überall gibt. Sie bedeuten jedenfalls nichts gegenüber der moralischen Einbusse, den ein Wahlkampf unter der Devise »Der Zweck heiligt die Mittel« der gesamten deutschen Minderheit bringen muss. Die deutsche Minderheit in Dänemark hat durch diesen Wahlkampf und das dabei aufgestellte Programm ein sehr starkes Gepräge von Irredentismus erhalten, so stark, wie die bisherige Haltung ihres Führers auf der Minderheitenkonferenz in Genf und die gelegentlichen Publikationen das nicht zum Ausdruck bringen konnten. Sie hat sich in ihrem Programm offen zum Anhänger eines Irredentismus bekannt, der die »Kulturautonomie« als sein Sprungbrett benutzt. Die deutsche Minderheit in Dänemark ist sicher die kleinste aller deutschen Minderheiten in Europa, sie bestrebt sich aber, durch die Schärfe ihrer Forderungen, die Führung zu bekommen im Kampfe für die Unterordnung des deutschen Minderheitenproblems unter die grossdeutsche Idee. Sie muss dadurch Misstrauen an der Aufrichtigkeit der deutschen Minderheitenbestrebungen und ihren Zielen, wie sie in Genf von den prominentesten Führern verkündet wurden, wachrufen. Man muss

Wir wollen von eigenen Landeskindern verwaltet, gerichtet und unterrichtet werden. 7. Soziale Fürsorge hat sich aufzubauen auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung. 8. Der ganze Aufbau des Staates hat sich in weitem Masse der Selbstverwaltung zu bedienen u. s. w.«

sich immer dabei vergegenwärtigen, dass die deutsche Minderheit in Dänemark in der Verfassung des Landes die grössten Freiheiten geniesst, auf Grund derselben wurde seinerzeit in Versailles Dänemark als einzigstem Staat die Garantierung von Minderheitenrechten erlassen. Die Zahlen der deutschen kulturellen Einrichtungen in Dänemark sind hier bereits so oft genannt worden, dass man sie nicht nochmals zu erwähnen braucht. Bemerkenswert gerade aus Anlass dieser Wahl ist es jedoch, dass die dänische Regierung aus alleiniger Rücksichtnahme auf die deutsche Minderheit bei der Wiedervereinigung eine Bestimmung für das Wiedervereinigungsgebiet ausser Kraft setzte, die es ihr auch heute noch unmöglich machen würde, im Parlament vertreten zu sein. Es handelt sich dabei um eine für das ganze übrige Reich geltende Bestimmung der Verfassung, wonach für die Neuannmeldung einer Partei 10 000 Unterschriften erforderlich sind.

Die grossen deutschen Minderheiten werden nicht am wenigsten Anlass haben, die Haltung der kleinen deutschen Minderheit in Dänemark zu bedauern. Aber auch für alle anderen nationalen Minderheiten und für die Konferenz in Genf bedeutet ihr Auftreten eine ernste Gefahr. Denn nicht nur Dänemark, sondern schliesslich auch andere Herbergsstaaten werden aus diesem Beispiel die Lehre ziehen müssen, in Zukunft vor einer solchen nationalen Minderheit auf der Hut zu sein. Das ist das beklagenswerte Resultat einer Betrachtung der dänischen Wahlen vom minderheitspolitischen Standpunkt aus.

ESTLAND.

Uebergabe der deutschen Schulen an die Kulturverwaltung. Die Verordnung der Regierung über die Uebergabe der öffentlichen deutschen Schulen an die deutsche Kulturverwaltung hat folgenden Wortlaut (Antrag des Unterrichtsministeriums vom 17. August 1926, Nr. 23 084): »Auf Grund des § 4 des Gesetzes über die kulturelle Selbstverwaltung der Minderheiten (Staatsanzeiger Nr. 31/32 v. J. 1925), die für den Unterhalt der muttersprachlichen öffentlichen Schulen der deutschen Minderheit festgesetzten Summen und anderen Verpflichtungen, die von den örtlichen Selbstverwaltungs-Institutionen zu tragen sind, folgendermassen zu bestätigen:

I.

1) Bei der Uebergabe der muttersprachlichen öffentlichen Schulen der deutschen Minderheit an die deutsche Kulturselbstverwaltung verbleibt den Selbstverwaltungen der Städte Reval und Dorpat, des Kreises Werro und der Gemeinde Sommerpahlen bis zum 1. Januar 1927 die Verpflichtung, die in den Budgets für den Unterhalt dieser Schulen vorgesehenen und zum Tage der Uebergabe noch nicht ausgenutzten Summen, wie auch die in etwaigen Nachtrags-Budgets festzusetzenden Summen, welche der deutschen Kulturverwaltung in gleichen monatlichen Raten ausgezahlt werden, zu tragen.

2) Bei der Uebergabe der Schulen werden der deutschen Kulturselbstverwaltung für die genannten Schulen auf bisheriger Grundlage zur Nutzung überlassen, die von diesen Schulen benutzten, den übergebenden Selbstverwaltungen gehörenden Räume, das Inventar und die Lehrmittel, desgleichen auch die Rechte und Pflichten bezüglich

der gemieteten Räume, soweit die mit den Hausbesitzern abgeschlossenen Kontrakte dieses ermöglichen.

3) Bezüglich der zu übergehenden Schulen, die mit irgendeiner anderen nicht zu übergebenden Schule eine gemeinsame Haushaltung haben, bleibt bis zum 1. Januar 1927 das von der Vertreterversammlung der Selbstverwaltung bestätigte Budget und die bisherige Geschäftsführung geltend.

II.

Den Termin der Uebergabe bestimmt der Unterrichtsminister.

III.

Als der späteste Termin zur Erreichung der im § 4 des Gesetzes über die kulturelle Selbstverwaltung der Minderheiten vorgesehenen Vereinbarung zwischen den Selbstverwaltungen und der deutschen Kulturselbstverwaltung in bezug auf den Unterhalt des Netzes der öffentlichen Schulen und die Uebernahme der damit verbundenen Verpflichtungen wird der 1. Dezember 1926 festgesetzt. Wenn zu diesem Termin eine Vereinbarung nicht erzielt worden ist, dann bestätigt die Regierung das Schulnetz und die damit verbundenen Verpflichtungen, gerechnet vom 1. Januar 1927.

ITALIEN.

Die Verhaftung deutscher Minderheitenführer. Während in der neuen Provinz Bozen im Verhältnis zu früher eine ruhigere minderheitspolitische Taktik angewandt wird, hat die deutsche Minderheit in dem zur Provinz Trient gehörigem Teile Südtirols einen schweren Schlag durch die Verhaftung ihrer Führer, der Rechtsanwälte Dr. Noldin, Dr. Nikolussi, des Kanonikus Gonper und des Lehrers Riedl erhalten. Dr. Noldin wurde ohne Angabe von Gründen am 23. Januar dieses Jahres von den Karabinieri auf Grund eines schriftlichen Haftbefehls ergriffen und 4 Tage darauf in einem Geheimverfahren zu 5 Jahren Deportation verurteilt. Rechtlich stützt sich das Urteil dieser sogenannten Konfinierungskommission auf das neue Gesetz zum Schutze des Staates. Da aber bei dem Verfahren eine Verteidigung des Beschuldigten gänzlich ausgeschlossen war und das Urteil mithin aller Rechtsbürgschaften entbehrt, so ist es als blosse Verwaltungsmassnahme zu betrachten, deren letzte Entscheidung nach dem Staatsschutzgesetz in diesem Falle dem Ministerpräsidenten vorbehalten ist. Das gleiche Schicksal dürfte auch den nach Dr. Noldin verhafteten Minderheitenführern zuteil werden. Die Motive für dies harte Verfahren sind bis jetzt noch nicht bekannt geworden. Die deutsche Presse vermutet als Grund zu dem rigorosen Vorgehen entweder die Tätigkeit der Verhafteten auf dem Gebiete des minderheitlichen deutschen Schulwesens oder ihre Verwicklung in einen wirtschaftspolitischen Streit (Staatsbank gegen Raiffeisenorganisationen).

Eine Realschule für 60 deutsche Schüler. In Mailand ist in dem Gebäude der früheren deutschen Volksschule, die während des Krieges aufgelöst wurde, eine deutsche Realschule mit 60 Schülern eröffnet worden.

JUGOSLAVIEN.

Der Schwäbisch-deutsche Kulturbund. Schon während des Krieges hatten die Deutschen in den okkupierten Ländern jede Gelegenheit wahrgenommen, durch Organisation, sowie durch finanzielle und kulturelle Unterstützung der deutschen Minderheiten in den besetzten Gebieten sich einen festen Rückhalt zu verschaffen. Kein Wunder also, dass bald nach der Begründung des jugoslawischen Staates der Schwäbisch-deutsche Kulturbund wohl organisiert ins Leben treten und auf über 150 Ortsgruppen im Lande zählen konnte. Bis zum Oktober 1924 entfaltete er erfolgreich und ungehemmt seine Tätigkeit. Leider wurden unter parteipolitischen Einflüssen und infolge der mangelhaften sachlichen Orientierung der deutschen Minderheitsführer und der damit verbundenen Taktik etwa zwei Drittel der Ortsgruppen durch Verfügungen der lokalen Verwaltungsstellen geschlossen. Nach der neuen Regierungsbildung und der bekannten minderheitsfreundlichen Erklärung des Ministerpräsidenten Usunowić, intervenierte der deutsche Parteiführer Dr. Stefan Kraft nicht vergebens bei dem Innenminister über die Wiederaufnahme der vollen Tätigkeit des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes. Demzufolge unterzeichnete nämlich der Minister Maksimorić am 12. Januar 1927 eine Verordnung, die das frühere Verbot für die Tätigkeit bestimmter Gruppen aufhob, allen bisherigen Ortsgruppen die Wiederaufnahme ihrer Arbeit in den Grenzen der Gesetze und Vereinssatzungen gestattete und die Gründung neuer Gruppen bewilligte. Scheinbar durch diesen Erfolg ermutigt wagte die deutsche Minderheit vor kurzem noch einen weiteren Schritt, indem sie der Regierung die Forderung auf Einführung eines Kulturautonomiegesetzes für die deutschen nationalen Minderheiten unterbreitete. In ihrer politischen Taktik hatten die deutschen Führer für das Auftreten mit diesen Forderungen gerade einen Zeitpunkt gewählt, in dem die Regierung gegenüber der scharfen Opposition vor allem der Demokraten und kroatischen Föderalisten sich geneigt zeigte, nach dem Beispiel der Tschechoslowakei in die Regierungskoalition mit den Slowenen auch einen deutschen Vertreter aufzunehmen. Wie die Cillier Zeitung berichtet, käme hierbei der Deutschenführer Dr. Kraft und zwar für das Handelsministerium in Betracht. Obwohl die Deutsche Partei nur über 5 Mandate in der Skuptshina verfügt, so würde sie durch den Regierungsbeitritt gewiss an politischer Bedeutung und Einfluss gewinnen, ein Moment, dass vielleicht nicht unwesentlich dazu beitragen mag, die deutschen Kultureltselbstverwaltungsforderungen erfüllt zu sehen.

Die Wahlen zu den Provinzialvertretungen. Am 23. Januar dieses Jahres fanden zum ersten Male seit Bestehen des Staates die Gebietswahlen statt, die der deutschen Minderheit 18 Sitze im ganzen Reiche einbrachten. Im Verhältnis zu den letzten Parlamentswahlen im Februar 1925 war die Wahlbeteiligung allgemein fast unter 50 Prozent gesunken. Trotzdem konnte die deutsche Minderheit dank ihrer ausgezeichneten Wahltaktik mit dem Ergebnis zufrieden sein. Für sie hatten die Gebietswahlen eine weit grössere Bedeutung als die vorhergehenden; denn erst in der Praxis der Provinzialparla-

mente, die mit dem von ihnen gewählten Provinzialausschuss die Organe der provinziellen Selbstverwaltung bilden, vermögen sie nun eine konkretere praktische Minderheitenpolitik in den kulturellen und wirtschaftlichen Fragen der Gebiete zu betreiben. Da ein Proportionalwahlrecht mit 5000 Einwohnern als Wahlleinheit vorgesehen war, so hatten die Deutschen nur in den 3 Wahlkreisen Weisskirchen im Banat, Altpazua in Syrmien und Gottschee in Slovenien eigene Listen geführt. In den anderen Kreisen wurden mit verschiedenen Parteien, je nachdem es die Aussichten erheischten, Wahlkompromisse über gemeinsame Listen geschlossen. Wo nicht aus lokalen Gründen besondere Wahlabkommen geraten schienen, wurde den Wählern empfohlen, Wahlenthaltung zu üben. Es ist ersichtlich, dass diese Wahltaktik viel Verwirrung unter den Wählern zur Folge hatte. So führten verschiedene nichtdeutsche Parteien ihre Misserfolge auf die durch die Kompromisse hervorgerufene Zersplitterung zurück. Andererseits beklagte sich die Deutsche Partei, dass viele Jugoslaven deutschen Namens in den slavischen Parteien kandidierten und dadurch Stimmenfang unter den Deutschen betrieben hätten. »Es scheint fast«, so führte das »Deutsche Volksblatt« in Neusatz entrüstet aus, »als ob grosse Teile des Deutschtums in Syrmien bereits so entartet wären, dass ihnen die Zugehörigkeit zum deutschen Volkstum und ihr deutscher Name als ein lästiges Erbteil ihrer Eltern und Ahnen erscheint, dass sie lieber heute als morgen von sich werfen möchten.« Sie schliesst in der Hoffnung, dass nur noch von der heranwachsenden Jugend eine Besserung dieser betäubenden Zustände zu erwarten sei.

Diese Wahlen waren, wie eine Reihe anderer Wahlakte in der jüngsten Vergangenheit (Dänemark, Ungarn, Lettland), typische Minderheitenwahlen. Die deutsche Minderheit in Jugoslawien musste, um überhaupt eine Vertretung in den Selbstverwaltungskörperschaften zu erhalten, vielfach mit den slovenischen, chorvatischen und serbischen Parteien Wahlbündnisse schliessen, in zahlreichen Fällen sogar direkt die nichtdeutsche Partei, sobald diese nur einen deutschen Kandidaten in ihre Liste aufnahm, wählen. In allen diesen Fällen wird mit Nachdruck erhärtet, was an dieser Stelle wiederholt bewiesen wurde: politische Wahlen pflegen zumeist nicht nach nationalpolitischen oder kulturellen, sondern nach wirtschaftlichen, sozialen und eventuell weltanschaulichen Gesichtspunkten zu erfolgen. Wollte man, wie es in der Regel durch die deutsche und auch deutschminderheitliche Presse gegenüber den nationalen Minderheiten in Deutschland geschieht, die Ergebnisse der Wahlen als Masstab für die Zahl und Bedeutung einer Minderheit anwenden, dann wäre die deutsche Minderheit Jugoslawiens unter Betrachtung der Gebietswahlen eine der bedeutungslosesten nationalen Minoritäten. Dass dies ein Trugschluss ist, den wir selbstverständlich uns nicht zueigen machen, liegt auf der Hand. Es wäre darum angebracht, die deutschen Minderheiten auf die politischen Ausbeutungsmöglichkeiten einer Wahlstatistik, wie wir sie in Deutschland auch von amtlicher Seite erfahren, aufmerksam zu machen. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um wenigstens die deutsche Minderheitenpresse von ihrer

bisherigen unlogischen Einstellung gegenüber den nationalen Minderheiten in Deutschland abzuhalten.

LETTLAND.

Parlamentarische Minderheitenarbeit. Vor einigen Wochen wurden im Parlamente 2 Gesetze behandelt, die für die Minderheiten, insbesondere den zur Koalition gehörenden Siebenerblock der Minderheiten von grossem Interesse waren. Das erste Gesetz handelte über die Beschränkung des Erwerbs, der Nutzung und Verwaltung von Immobilien. Es regelte einerseits die Frage des ausländischen Besitzes, in der eine Einigung erzielt wurde, andererseits die Beschränkung des Eigentumsrechts in der Grenzzone, eine Beschränkung, die auf den heftigsten Widerstand der Minoritäten stiess. Durch ihre Opposition erreichten die Letzteren, dass in 2. Lesung die dem Pächter und Verwalter auferlegten Beschränkungen gestrichen wurden. Jedoch das Vorkaufsrecht des Staates und dessen Recht, die Ankaufssumme ohne Vereinbarung mit dem Enteigneten festzusetzen, ging in dritter Lesung durch. Die zweite Gesetzesvorlage behandelte die Frage über die Veräusserung und Belastung von Immobilien, die schon früher wiederholt zur Debatte gestellt waren und auch diesesmal zu keinem Abschlusse führten. Durch das ungünstige Abstimmungsergebnis fühlte sich am meisten die deutsche Minderheit betroffen, deren Angehörige zum grössten Teile Immobilienbesitzer sind. Erklärlich war daher ihr hauptsächlich in der Presse sich äusserndes Bestreben, die bürgerlichen Parteien für sich zu gewinnen. Charakteristisch bleibt daher die politische Taktik, mit der der deutsche Abgeordnete Schiemann vorging. Um die rechtsstehenden Parteien geneigt zu machen, bediente er sich zum ersten Male in dieser Plenarsitzung der lettischen Sprache. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die zweite Gesetzesvorlage eine für die wirtschaftliche Stellung der Minderheiten günstige oder ungünstige Lösung finden wird.

LITAUEN.

Die Auflösung des memelländischen Landtags. Für Ende Januar war eine Sitzung des memelländischen Landtages anberaumt, in der das neue Direktorium Schwelnius seine Regierungserklärung verlesen und die Vertrauensfrage gestellt werden sollte. Von den 29 Abgeordneten erschienen jedoch sehr wenig, sodass das Parlament nicht beschlussfähig war. Da in verhältnismässig kurzer Zeit das Direktorium wiederholt wechseln musste, obwohl eines davon den deutschen Brauereidirektor Falk zum Präsidenten hatte, so befürchtete die Regierung bei dieser Boykottierung des jetzigen Direktoriums, dass man eine Aenderung der Verfassungsbestimmungen in offener Widersetzlichkeit erzwingen wolle. Die Spannungen auf beiden Seiten wurden noch durch Missverständnisse und durch die falsche Taktik der deutschen Minderheit vergrössert. Der Memellandbund im Deutschen Reiche hatte nämlich die Memelländer in einem Aufrufe aufgefordert, auf jede Art und Weise den heftigsten Widerstand der als »landfremd« bezeichneten litauischen Regierung vornehmlich aber

dem Direktorium zu leisten. Dazu brachten die Zeitungen auf beiden Seiten Putschgerüchte und Tendenzlügen, sodass die dadurch hervorgerufene Erregung unter der Bevölkerung tatsächlich zur Staatsgefahr anwuchs. In Einvernehmen mit der Regierung löste daher der Generalgouverneur den Landtag auf und setzte für den 4. März die Neuwahlen an. Gleichzeitig wurden die Grenztruppen im Memelgebiet verstärkt, da man von nationalistischen Verbänden aus Ostpreussen eine Grenzverletzung für möglich hielt. Eine deutsche Delegation, die zu dem Ministerpräsidenten Woldemaras geschickt wurde und sich nach den Motiven der Aufhebung erkundigen sollte, vernahm ausser den oben angeführten Gründen auch den Umstand, dass bei den letzten Landtagswahlen über 8000 deutsche Staatsangehörige mitgewählt hätten und dass der Landtag bis jetzt keine gedeihliche Arbeit geleistet habe, auch nicht leisten wolle, sondern in seiner steten Obstruktion beharre.

POLEN.

Zusammenschluss der Deutschen in Pommerellen. Anfang Januar dieses Jahres hielten die Vertreter der deutschen städtischen Wirtschaftsgruppen Pommerellens eine grosse Deuschentagung in Dirschau ab. Es wurde die Gründung einer Organisation der städtischen deutschen Wirtschaftsgruppen beschlossen, deren Grundlage lokale Wirtschaftsausschüsse bilden sollen. Aus den zahlreichen Referaten sei das des Zeitungsverlegers Dr. Krull-Tezew hervorgehoben. Er sprach über die Lage Pommerellens, das er mit dem Elsas von gestern verglich. Wie Elsass-Lothringen ein unverkennbares deutsches Gepräge trage, so sei auch der deutsche Kulturstempel Pommerellen aufgedrückt. Er übte dabei scharfe Kritik an der polnischen Verwaltungstechnik und schloss mit den üblichen Schmähungen über polnische Kultur und ähnliche Dinge mehr. Die Reden des Redakteurs Kramuschke und des Rechtsanwalts Spitzer bewegten sich auf dem gleichen Niveau. Sie forderten schliesslich die deutschen Minderheiten auf zur schärfsten Ablehnung der Majorisierung durch die Polen in den Stadtverordnetenversammlungen. Von alldem ist in minderheitspolitischer Hinsicht die starke wirtschaftliche Stellung der Deutschen beachtenswert, die unter den Auspizien der preussischen Regierung sich als wohlhabende Leute unter den autochthonen ärmlichen Polen ansiedelten. Naturgemäss tritt daher ihr stark entwickeltes Selbst- und Herrschergefühl schon durch die Macht der Gewohnheit in schärfste Opposition gegen die bedeutende Majorität der ehemals ihnen untergeordneten Polen. Im Vergleich zu den Minderheiten Deutschlands wird es ihnen ferner leicht, durch Gründung wirtschaftlicher Organisationen mächtige Pfeiler zur wirtschaftlichen Unterstützung ihrer Minderheiten aufzubauen.

Errichtung einer Minderheitensektion. Die Warschauer Regierung plant die Errichtung einer Minderheitensektion für die Ostgebiete; zu ihrem Leiter wird der bekannte sozialistische Publizist Tadeuss Hołowko zum Chef der Ostsektion im Ministerium des Aeusseren ernannt werden. Hołowko gehört der sozialistischen Partei an, und zwar

der Gruppe der entschiedenen Anhänger Pilsudskis. Während des Maiumsturzes nahm er an den Ereignissen aktiven Anteil. Hołowko beschäftigt sich sehr eifrig mit den slavischen Problemen und gilt besonders als ein hervorragender Kenner der Minoritätenfrage in Polen. Er ist auch Mitglied der Sektion für Minderheiten beim Ministerpräsidium. Hołowko weilte jüngst in Prag, um mit der Prager ukrainischen Emigration in Kontakt zu treten.

RUMÄNIEN.

Die Organisation der Banater Schwaben in Rumänien. Die »Deutsche Welt« bringt über die Organisation des katholischen Teils der deutschen Minderheit in Rumänien folgende Einzelheiten: Die Volksgemeinschaft ist als die Zusammenfassung des im rumänischen Banate wohnenden schwäbischen Volkes gedacht, ohne Rücksicht auf Parteien, Klassen oder Standesunterschiede, zur Wahrung und Vertretung der völkischen Belange. Aufgebaut ist diese Volksgemeinschaft auf die »Nachbarschaften«, deutsche Familien, die in einer Gasse oder einem Viertel wohnen und aufeinander angewiesen sind. Sie haben je einen Obmann, Schriftführer und Säckelwart. Die Nachbarschaftsobmänner und einzelne kooptierte Männer bilden den Ortsrat. Mehrere Orte sind zu einer Bezirksgemeinschaft zusammengefasst, unter Leitung des Bezirksrates, dessen Mitglieder wieder die Ortsobmänner und kooptierte Volksgenossen sind. Mehrere Bezirke bilden einen Gau, mit derselben Organisation. Derzeit besteht der Temesvarer, Lugoscher, Arader Gau, in Gründung begriffen der Sathmarer. Die Spitzenorganisation ist der deutsch-schwäbische Volksrat, mit dem Sitze in Temesvar. Er besteht aus den Obmännern aller Kategorien, dann gewählten Mitgliedern, aus den Parlamentariern und Vertretern völkischer Organisationen, z. B. Hochschülervereinigungen, Eisenring (ein deutsches Fachsyndikat des Handels und Gewerbes, mit Ortsgruppen in fast allen deutschen Gemeinden), Sängerbund, Schwäbischer Landwirtschaftsverein usw.

Die Volksgemeinschaft der Banater Schwaben bildet mit den entsprechenden Organisationen der Siebenbürger Sachsen (mit ihrem Volksrate in Hermannstadt, unter dem Kreisausschusse stehend), den Buchenländer Deutschen (Volksrat i Czernowitz) und den bessarabischen Organisationen den Verband der Deutschen in Rumänien, deren Obmann derzeit Abg. Rudolf Brandseh ist. Der Verband hat zur politischen Vertretung die »Deutsche Parlamentspartei in Grossrumänien« (Obmann Abg. Dr. Hans Otto Roth) und gründete zur gemeinschaftlichen Förderung der kulturellen Belange das Kulturamt in Hermannstadt. Der schwäbische Volksrat ist durch Versagen des Banater Kulturverbandes genötigt, im Rahmen der Volksgemeinschaft in Temesvar ebenfalls ein Kulturamt zu errichten.

Die Nachbarschaften pflegen das Zusammengehörigkeitsgefühl, leisten den Mitgliedschaften Hilfe in allen Lagen des Lebens und erziehen zur Volksdisziplin.

Die Kosten der Organisationen werden durch freie Volksoffer hereingebracht. Die Beiträge sind nicht verpflichtend, werden aber im grossen und ganzen je nach der wirtschaftlichen Lage des Volks-

genossen geleistet. Als Schlüssel gilt 1 kg. Weizen pro Joeh Grund der Familie. Aus dieser Volksabgabe wird eine Zentralkanzlei für die Organisation, Propaganda und Rechtshilfe (Hauptstelle genannt) erhalten, den Grossteil aber verschlingt die deutschkatholische Lehrerbildungsanstalt in Temesvar, die mit ihren zahlreichen Freiplätzen des Internates grosse Opfer erheischt, aber gut völkisch erzogene Lehrer heranbildet.

Unter ungarischem Regimente hatte auch die sozialdemokratische Partei ihre gemeindeweisen Organisationen. Ihre Werbetätigkeit konnte unter den Schwaben, deren höchstes Ziel der individuelle Besitz von Grund und Boden ist, mit theoretischen, programmatischen Mitteln wenig Erfolg haben. Es war mehr eine agrarpolitische Aktion, die dahin führte, dass die landwirtschaftlichen Arbeiter (Kleinbäusler genannt) sich der sozialdemokratischen Partei anschlossen, um gegen die Bauern zur Geltung zu kommen. Die Nachkriegszeit hat auch in diesen Kreisen das völkische Gefühl gekräftigt. Die wirtschaftliche Not ist nicht so gross wie Bedrängnisse von Muttersprache und Volkstum. Das russische und ungarische Beispiel hat ernüchternd gewirkt. Die Agitation ist wegen des Belagerungszustandes eingeschränkt. Das alles bewirkte ein Abflauen der Bewegung. In unseren Gemeinden ist schon fast überall arm und reich Mitglied der Nachbarschaft und damit Kämpfer des nationalen Gedankens.

Die jüdische Minderheit in Rumänien. In der internationalen jüdischen Presse wurden in den letzten Wochen heftige Klagen über die Verfolgung des Judentums in Rumänien laut. Bald gab den Anlass zu der grossen Erbitterung die Ermordung eines jüdischen Studenten, bald die pensionslose Entlassung eines jüdischen Universitätsprofessors. Diese und ähnliche von den jüdischen Zeitungen berichteten Vorgänge scheinen sowohl aussenpolitisch als auch innenpolitisch Wirkungen zu zeitigen. So hat nach Meldung der »Jüdischen Pressezentrale« die amerikanische Kommission für das Recht der Minoritäten, unter denen sich auch zahlreiche Juden befinden, in einem Rundschreiben auch die Verfolgung des Judentums in Rumänien hervorgehoben und gleichzeitig die amerikanischen Bankiers aufgefordert, aus diesem Grunde Kredite an Rumänien zu verweigern. Innenpolitisch glaubt man Symptome einer Zusammenschlussbewegung des rumänischen Judentums zu bemerken. So beschlossen die Siebenbürger Juden auf einer Tagung in Klausenburg, sich von der madjarischen Partei zu trennen und selbständig zu werden. Naturgemäss nimmt die madjarische Minderheit, die stets in Siebenbürgen eine ungarische Irredenta proklamiert hat, demgegenüber eine feindliche Stellung ein. Denn durch die Scheidung des zahlenmässig starken Judentums aus den madjarischen Reihen würden die Ungaren neben den vielen Wahlstimmen vor allen Dingen auch eine starke materielle Schwächung erleiden, da das wirtschaftlich arme ungarische Element kaum im Stande sein wird, die zahlreichen nationalen madjarischen Schulen aufrechtzuerhalten.

SOVJETRUSSLAND.

Die jüdische Kolonisationsbewegung. Auf dem Kongress der »Gesellschaft für Landversorgung der werktätigen Juden (Oset)« hielt der jüdische Kommunist Larin ein interessantes Referat über die Entwicklung der jüdischen Nationalität in der Sowjetunion. Bezeichnend ist demnach in neuerer Zeit der Drang der Juden zur landwirtschaftlichen Tätigkeit. Auf der Basis genossenschaftlicher Vereinigungen, deren es jetzt etwa 800 gibt, wurde unter den sich national bewussten Juden erfolgreiche Kolonisationspropaganda getrieben, sodass die Gründung einer nationalen jüdischen Republik in der Nordkrim unmittelbar bevorsteht. Allein in den letzten 2 Jahren sind dort auf einem Areal von über 180 000 Hektar ungefähr 10 570 Familien angesiedelt. Auch bei Cherson und am Asowschen Meere existieren ausgedehnte geschlossene jüdische Rayons, für die insgesamt 9 Millionen Rubel sowohl vom Staate als von den Siedlern aufgebracht sind. Für die Zukunft soll noch für etwa 350 000 Juden Siedlungsland zur Verfügung stehen. Für die Realisierung dieses Planes ist bereits eine Bank zur Gewährung von Krediten gegründet. Während die Moskauer Zentralregierung dieser ganzen Bewegung wohlwollend und fördernd gegenüber steht, leisteten die Ukrainer infolge des starken Anwachsens ihres Nationalbewusstseins heftigen Widerstand gegen die jüdischen Siedlungen in ihren Gebieten. Nach Blättermeldungen scheint dort der Antisemitismus sehr bedrohliche Formen angenommen zu haben, unter dem die jüdische Minderheit ähnlich wie unter dem Zarismus zu leiden hat.

Die finnische Minorität in der Sowjetunion. Wie in der Sowjetunion allen anderen Nationalitäten die Möglichkeit gegeben ist, ihre eigenen Lebensformen zu entwickeln, so kam man auch den scheinbar im Russentum aufgelösten finnisch-ugrischen Minderheiten im weitgehendsten Masse entgegen. Im kulturellen Fortschritt und in der Entwicklung des Nationalgedankens hob sich hauptsächlich der Stamm der Syrjänen, die sich selbst Komi nennen, hervor. Bald nach der Revolution wurde ihnen staatliche Autonomie gewährt, deren fünfjähriges Jubiläum sie im vorigen Jahre feiern konnten. Die Oberhoheit über das Militär-, Finanz- und Postwesen verblieb der Zentralregierung. An Stelle des Parlamentes tritt bei ihnen eine alljährlich gewählte, etwa 100 Mitglieder zählende Repräsentationskörperschaft, die in ihrer Muttersprache über die gesetzgeberischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen des Landes berät und entscheidet. Insgesamt zählt das autonome Gebiet über 350 000 Einwohner, wovon 92 % Syrjänen sind und der Rest sich aus Russen und Samojeden zusammensetzt. Ihre Hauptstadt ist Ustj-Syssoljsk und zählt etwa 8000 Einwohner. Das Budget balanzierte 1925/26 mit 3.115.000 Goldrubeln, wobei etwa 50 % der Einnahmen aus den Wäldern und der Rest durch Steuern aufgebracht wurde. Die Verwaltungssprache ist syrjänisch, der sich auch die russischen Beamten bedienen. Die Zahl der Volksschulen beträgt 400, in denen die Muttersprache herrscht. Russisch wird erst vom 4. Schuljahre als Fremdsprache gelehrt. Analphabeten gibt es unter der Jugend kaum mehr. Dagegen sind für die Erwachsenen, die zu etwa 37 % des Lesens und Schreibens unkundig sind, Übungskurse

eingerrichtet, welche von über 5000 Personen besucht werden. An Mittelschulen besitzen die Syrjänen 5. Die Zahl der nach höherer Bildung strebenden Personen wächst von Jahr zu Jahr, sodass diese finnischen Minderheiten an den russischen Universitäten ungefähr 340 Studenten besitzen. Für die Hebung der Nationalkultur arbeiten zahlreiche wissenschaftliche Vereine, die in der Hauptstadt ein Nationalmuseum errichtet haben. Diese ganze Entwicklung des Finnentums in den letzten Jahren zeigte trotz der Russifizierung der Schule, des Gerichtswesens und Gottesdienstes unter dem Zarenregime, dass das Nationalbewusstsein und die Muttersprache sich durch keinerlei Staatsmassnahmen aus der Seele eines Volkes scheiden lassen. Es ist beschämend, wenn man die staatliche Pflege eines weltfern abgelegenen, erst in der kulturellen Entwicklung begriffenen Stammes hauptsächlich auf dem Gebiete des Mittelschulwesens mit der »Obhut« vergleicht, mit der sich Deutschland seiner Minderheiten annimmt.

Pressestimmen.

In einem Teil der reichsdeutschen Presse wurde schon anlässlich der Rededuelle zwischen Stresemann und Mussolini Anfang Februar 1926 gegen die systematische Verdrehung der tatsächlichen Zustände in Südtirol warnend die Stimme erhoben. Die deutsche Minderheit dieses Gebietes hat sich ganz energisch gegen den Propagandafeldzug, der in München und in einer reichsdeutschen offiziellen Pressestelle in Innsbruck inszeniert wurde, zur Wehr gesetzt. Es besteht für uns kein Anlass, Mussolinis Politik etwa zu verherrlichen, wie es die nationalistische und ihr gesinnungsverwandte Presse unter Hintansetzung der berechtigten Minderheiteninteressen im Alto Adige selbst tut. Mit umso grösserer Berechtigung dürfen wir darum die deutsche Minderheit des genannten Gebietes selbst zu Worte kommen lassen.

Zu dem Problem ihrer Heimat sagt nun eine Südtirolerin in der Zeitschrift »Schweizer Republikanische Blätter«, Olten (20. November) Folgendes:

»Wir deutschsprechenden Südtiroler finden es unserem Wohl angemessen, sich mit dem Höchstaufgebot von Geduld in die Lage zu fügen. Ein bedeutender Teil unseres Volkes hat vom regen Verkehr mit unseren welschen Brüdern, den Tridentinern her, von alters her Italienisch gekonnt. Damit bekennen wir uns noch nicht zu Italien. Die Sprache ist ein Verkehrsmittel, kein politisches Bekenntnis. Dass jetzt bis zum Brenner und zur Malserheide unsere Kinder italienisch reden, lesen und schreiben lernen müssen, das quält uns nicht. Damit gibt die römische Regierung unserem Volke nur die geistigen Waffen in die Hand für den künftigen Kampf auf gesetzlichem Boden. Deswegen werden wir daheim immer unsere Tirolersprache sprechen und immer tirolerisch denken. Wir empfinden es als einen grossen Mangel, dass wir nicht heute schon durchgehends die Sprache unserer neuen Herren beherrschen. Die heranwachsende Tirolergeneration wird nach Italien hinab gehen und in der Sprache Mussolinis den Geist

Mussolinis bekämpfen, sofern er dann noch massgebend in Italien sein sollte. Unsere ersten Tirolersoldaten sind aus der Armee unfälscht zurückgekehrt und haben bereits ihre mannigfachen Beziehungen angeknüpft. Wir sind darauf angewiesen, uns in Italien Freunde zu werben. Die alten Genuesen, Florentiner, Venetianer sind in der Retorte des Einheitsitaliens als Nurnoch-Italiener verschwunden. Aber die Tiroler werden bleiben. Uns verdauen sie nicht. Wir haben zu lang unsere Individualität kultiviert, um sie einer Nation zu opfern, die noch in blauer Ferne als eine Idee geschwebt ist, da die Tiroler schon ein privilegiertes Volk gewesen sind. Wir waren nie Oesterreicher, wir waren bloss Tiroler. Wir bleiben Tiroler, nicht nur wir an der oberen, auch die Welschen an der unteren Etsch. Und die ruhigen und mit klarem Auge schweigend in die Welt blickenden Elemente unseres von Natur aus zurückhaltenden Volkes wissen, dass die Zeit für unsere Rechte wirkt. Wir werden den Weg schon finden. Unsere eigentlichen Feinde sind nicht die Italiener, deren Untertanen wir nicht so lange bleiben werden, wie die Elsässer Untertanen Preussens waren, unsere Feinde sind die Alldeutschen. Sie waren es von jeher. Die Deutschnationalen, ihre Nachläufer im alten Oesterreich, haben durch ihre Gehässigkeiten gegen die Welschen, durch ihre bornierte Verständnislosigkeiten gegen die Kulturbedürfnisse von Welschtirol die Irredenta grossgezogen. Ihre Politik hat das alte Oesterreich in den Krieg hineingetrieben. Und während des ganzen Krieges haben unsere fürwahr nie als minderwertig bekannten Alpentruppen unter der Verachtung und dem Spott dieser Weltoberer so viel leiden müssen, dass unseren alten Kaiserjägern heute noch das Blut zu Gesicht steigt, wenn sie diese unverbesserlichen Dreinreder in fremde Verhältnisse und Allesbesserwisser und Besserkönnner bei uns herumstolzieren sehen. Es ist nicht zu sagen, was für Schwierigkeiten uns diese Sorte Kurgäste und Touristen schon gemacht hat, seit wir unter Italien stehen. Anfänglich war das Verhältnis gar nicht übel. Aber diese deutschen Retter haben bis in jedes Bergdorf hinaus sich an unser Volk, unsere Jungmannschaft herangeschlichen, haben taktlos die Leute ausgefragt und nachher dumme Artikel in ihren Zeitungen geschrieben, aufreizende Reden gehalten. Deutsche Geistliche, besonders Bayern, suchten unsere Pfarrer heim, schickten ihnen Zeitungen und Bücher, verdrehten diesem und jenem den Kopf. Zudringlich, taktlos mischen sie sich in das Verhältnis jeder ruhigen Gemeinde. So musste natürlich das italienische Regime bei seinem ohnehin schlechten Gewissen auf den Besitz unseres Landes misstrauisch werden, und wenn Mussolini schon etwas kräftig gegen diese Art Apostel aufgetreten ist, bei uns war seine Rede gegen die Deutschnationalen die einzige, der wir aus ganzem Herzen zustimmten. Wir wünschen wirklich Ruhe zu haben vor solcher Art Freunde. Es gibt bei uns kein Deutschtum zu verteidigen und kein Deutschtum zu wahren. Wir sind Tiroler, keine Bayern. Unser Herz ist trotz Brennergrenze unser altes, liebes Innsbruck, nicht München. Lasse man uns machen. Störe man uns nicht. Wir wissen schon, was wir zu tun haben und was unseren Zwecken dient. Jeder Fremde, der zu uns kommt, sollte es als selbstverständliche Pflicht erachten, über unser politisches Verhältnis kein Wort zu verlieren und niemanden von uns zu interpellieren. Es wird niemand behaupten können, dass in all den Jahren je ein einziger echter Tiroler oder eine Tirolerin unbefragt sich beklagt oder irgendwie geäußert habe. Und wir tun es je länger desto weniger. Aber es gibt eben auch bei uns Herübergekommene, deren Grossväter noch keine Tiroler waren. Und das sind die Agenten der alldeutschen Hetze. Wir hassen sie wie einen Raffl. Sie schaden uns schwer. Diese Deutschnationalen richten Oesterreich zugrunde, auch das neue wieder. Und sie fröhnen ihrem Ludendorff-Sport auch zu unserem Nachteil. Die Folgen müssen wir tragen. Und sie sind nicht angenehm.»

Die sehr entschiedenen Aeusserungen der Frau zeigen, dass wir uns hier hüten müssen, die sogenannte Tirolerfrage in deutschen Zeitungen zu studieren und nach denselben zu beurteilen.

Unter dem Titel »Minderheitenschutz und Vatikan« schreibt Prof. Dr. Timpe in der berliner »Germania« (13. Januar 1927) zu diesem noch allzu selten erörterten Thema u. a.:

»Mit hoffender Aufmerksamkeit vermerken die europäischen Minderheiten das gesteigerte Interesse, das man verschiedenen Anzeichen zufolge, seitens des Vatikans der Minderheitenfrage zuzuwenden im Begriff ist. Für den Vatikan in Frage kommende Gesichtspunkte sind einerseits die Sorge um die Erteilung des Religionsunterrichtes in der Muttersprache, also die Wahrung der unmittelbaren religiösen Belange der Minderheiten, andererseits aber auch in wachsendem Masse die aus der Bedrückung der Minderheiten hervorkeimenden Gefahren für den europäischen Frieden. Dazu kommt noch die Abwehr der in der Minderheitenentrechtung liegenden, dem katholischen Gedanken widersprechenden neuen Staatsauffassung, die aus dem Staate das Ziel und aus dem Menschen nur ein Mittel macht« (Worte des Heiligen Vaters in seiner Ansprache im Geh. Konsistorium am 20. Dezember 1926), die Abwehr eines übersteigerten, fremdes Volkstum vergewaltigenden Nationalismus, der mit Recht als die erste kirchliche Verurteilung harrende moderne Irrlehre angesehen wird. Das Eingreifen des Vatikans in der Angelegenheit der action française und die eindringlichen Worte, die der päpstliche Nuntius in Paris anlässlich des Neujahrsempfangs beim Präsidenten der Republik für das europäische Friedenswerk in die Wagschale legte, bestätigen die Erwartung, dass auch in der mit dem Weltfrieden aufs innigste verknüpften Minderheitenfrage eine aktivere Anteilnahme Roms fühlbar wird. Freilich handelt es sich um keine leichte, sondern eher um eine dornenvolle Aufgabe. Für Rom gilt es nicht nur, allen Nationen gegenüber volle Objektivität und Gerechtigkeit walten zu lassen, sondern auch die im einzelnen Falle auf dem Spiel stehenden religiösen Interessen gegeneinander abzuwägen und der Einstellung der katholischen Bevölkerung des betreffenden Landes ins Auge zu sehen. Welche Konflikte möglich sind, lehrt die schon erwähnte, gegenwärtig die französischen Katholiken berührende Angelegenheit. Noch heikler möchte der Fall scheinen, wo eine Italien betreffende Angelegenheit zur Debatte steht. In allen solchen Fällen ist es Sache der überzeugungstreuen Katholiken, dem Gerechtigkeitssinn des Vaters der Christenheit volles Vertrauen entgegenzubringen.« »Für den Papst sind die religiösen Interessen kein Handelsobjekt, die Sache der Gerechtigkeit und des Friedens geht ihm über alles. So wird auch die Sache der Minderheiten an ihm einen unparteiischen Anwalt finden, mehr als beim Völkerbund. So sehr die Verankerung der Minderheitsbestimmungen in den vom Völkerbund garantierten Verträgen zu begrüßen ist, so gibt es doch sehr einflussreiche Völkerbundskreise, die eine möglichst schonende Assimilation der Volkssplitter mit den Wirtsvölkern als den eigentlichen Zweck dieser Verträge ansehen. In der Linie der päpstlichen Friedenpolitik liegt es, den Schutz der natürlichen Menschenrechte und der im Volkstum wurzelnden kulturellen Werte in den Vordergrund zu stellen und neben den staatlichen Gemeinschaften, die doch stets bis zu gewissem Grade den Machtgedanken verkörpern, die auf Volkstum und Sprache gegründeten Kulturgemeinschaften zu respektieren. Die von verschiedenen Seiten ausgehenden Anregungen, dem Vatikan durch die geistlichen Instanzen authentisches Material zu Minderheitenfragen zuzuleiten, erscheint daher sehr zeitgemäss. Wenn wir auch deutscherseits uns daran beteiligen, so müssen wir dabei doch den Standpunkt völlig übernationaler Objektivität wahren. Auch in Fällen, wo es sich um fremdsprachige,

in nationaldeutsche Staaten eingebettete Volkstumsinseln handelt, werden wir es durchaus unterschreiben, wenn der Schutz religiös-kultureller Güter in die erste Linie gestellt wird.«

Notizen.

Amtliche Geldsammlung für Polnisch-Oberschlesien. Die zu Gunsten der Erhaltung des deutschen Volkstums im Grenz- und Ausland vom 15. 11. 1926 ab im Stadtkreis Oppeln veranstaltete Sammlung hat bisher nur einen geringen Betrag ergeben. Es mag dies wohl zurückzuführen sein auf die gerade vor dem Weihnachtsfest zeitlich zusammenfallenden anderen Sammlungen seitens der Wohltätigkeitsvereine, wodurch die Gebefreudigkeit der Bürgerschaft stärker als sonst in Anspruch genommen wird. Die Sammlung für den deutschen Schutzbund ist daher unterbrochen worden, wird aber nach den Weihnachtsfeiertagen bis Ende Dezember d. Js. fortgesetzt werden. Vom Wohlfahrtsamt wird auf die wichtige Bedeutung dieser Sammlung gerade für das Deutschtum Oberschlesiens besonders hingewiesen und um zahlreiche Spenden seitens der Bürgerschaft nach den Weihnachtsfeiertagen gebeten.

Hlinka und die irredentistische Spekulation. Die eigenartige Mentalität der irredentistischen Minderheiten in der Čechoslovakie operiert von jeher mit der Konstruktion einer slowakischen »Minderheit« im čechoslovakischen Staate. Dass die Slowaken in diesem Staate eine nationale Minderheit nicht sind, geht schon aus der Verfassung und der tatsächlichen Stellung sowie aus der Behandlung der slowakischen Sprache auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hervor; dieser rechtliche und tatsächliche Zustand entspricht fast genau der Lage der Staatsbürger schwedischer Nationalität in Finnland. Vor seiner Abreise zum eucharistischen Kongress in Amerika hat nun das politische Haupt der Slowaken, P. Andrej Hlinka in einem Interview (Nar. Listy) in bemerkenswerter Weise Stellung zu einigen politischen Tagesfragen genommen, die die sudetendeutschen und vor allem magyarischen Spekulationen auf einen slowakischen Irredentismus stark abzukühlen geeignet sein dürften. Hlinka, dem man gewiss keinen Opportunismus gegenüber den Čechen nachsagen kann, erklärte u. a. Folgendes:

»Ich werde die amerikanischen Slowaken über die staatlichen Verhältnisse in der Čechoslovakie unterrichten. Ich werde die Wahrheit sagen und will die politischen Leidenschaften besänftigen. Ich versichere Sie, dass das Motto meiner Vorträge das höchste Wohl der Čechoslovakischen Republik sein wird. Ich liebe den čechoslovakischen Staat, habe stets, mein ganzes Leben lang, für seine Verwirklichung gearbeitet. Ich will die amerikanischen Slowaken darüber belehren, was der čechoslovakische Staat für uns Slowaken bedeutet.

Insbesondere will ich auf die Gefahr der Agitation Dvorezaks und Jehlieskas hinweisen. Ich und die ganze slowakische Volkspartei billigen nicht nur nicht die verräterische Tätigkeit Jehlieskas und Dvorezaks, sondern wir verwerfen sie, da im čechoslovakischen Staate ein slowakischer Irredentismus keine Berechtigung hat. Die čechoslovakische Republik ist ein Staat der Čechen und der Slowaken, und daher ist es deren Pflicht, darauf zu achten, dass sie aufblüht und mächtig wird. Die Unstimmigkeiten und Differenzen zwischen Čechen und Slowaken, die in den ersten Jahren der Freiheit und staatlichen Unabhängigkeit auftauchten, tragen nur vorübergehenden Charakter und werden durch guten Willen auf beiden Seiten beseitigt werden. Es ist selbstverständlich, dass sich Verräter slowakischer Interessen, wie Jehlieska und Dvorezák, die Agenten fremder Mächte sind, im Auslande nicht auf das slowakische Volk berufen dürfen.

Die Magyaren haben kein Recht, für die Erneuerung der Integrität Ungarns zu kämpfen, wir aber haben die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass die Traditionen des Grossmährischen Reiches nicht aus dem Gedächtnis unseres Volkes verschwinden. Es ist dies kein Imperialismus des čechischen Volkes, sondern eine lehrreiche Tradition dafür, dass wir unseren Staat bereits vor der Einwanderung der Magyaren in Zentraleuropa besaßen. Solange man in Budapest irredentistische Monumente errichtet, können wir nicht in dem Optimismus leben, dass sich die Ungarn mit ihrem Schicksal aussöhnen werden. Gegenüber den Magyaren muss man auf der Hut sein.«

Besprechungen.

Hermann Wendel: Aus der Welt der Südslaven. Politisches, Historisches, Sozialistisches, nebst zwei Südslavienvfahrten und Nachdichtungen südslavischer Lyrik. 282 Seiten. Verlag I. W. H. Dietz Nachfolger. Berlin 1926. Preis geb. 8.— RM.

Die vorliegende Arbeit Wendels ergänzt in willkommener Weise die beiden bekannten Werke des Verfassers »Südslavische Silhouetten« und »Kampf der Südslaven um Freiheit und Einheit«. Schon die Einteilung im Untertitel zeigt, dass es sich wiederum um ein breit konzipiertes Werk handelt, das nicht am Oberflächlichen haftet, sondern in die Tiefe zielt. Die Darstellungskraft Wendels und sein von Temperament beflügelter und andererseits doch von kritischer Sachlichkeit beratener Stil, geben dem Buch jenen Exprit, der der neuzeitigen und historischen Literatur leider nur allzu oft fast vollständig fehlt. Stofflich ist das Werk von grosser Reichhaltigkeit, und wenn Wendel in seinem Geleitwort in Deutschland eine fast enzyklopaedische Unwissenheit über die Südslaven feststellt: mich dünkt, dass die einzelnen Abschnitte auch dann noch für den Deutschen kennenswert sind, wenn die von dem Verfasser angenommene oder erwartete Grenznachbarschaft zwischen Deutschland und Jugoslawien nicht sobald Tatsache werden sollte. Nicht allzu viele Deutsche wird es geben, die mit dem Problem des Südslavenreichs vertraut sind. Wie viele Aufschlüsse vermag da die Darstellung des Staatsproblems, der parteipolitischen Gliederung, der 1848/49er Bauernbewegung in Kroatien og Slavonien, oder die Abhandlung über Südslavenfrage und Marxismus zu geben!

Um eines dieser Probleme herauszugreifen sei hier auf das Kapitel über die nationalen Minderheiten, insbesondere auf das Teilproblem der deutschen Minderheiten hingewiesen. Wendel sagt dazu u. a.:

»Von der halben Million Deutscher wohnen nach den amtlichen Angaben 39,631 in Slovenien, nämlich ausser auf der Sprachinsel Gottschee in Südsteiermark und vereinzelt in Krain. Hauptsächlich Kaufleute, Handwerker und Arbeiter in Städten mit allerdings überwiegend slovenischer Umgebung wie Cilli und Pettau haben sie die letzten entscheidenden Menschenalter deutscher Geschichte im steten und bewussten Zusammenhang mit dem ganzen deutschen Volk durchlebt, und ihre publizistischen Vorkämpfer gefielen sich sogar häufig in alld deutscher Kraftstoffelei gegen die nationalen Bestrebungen des Slovenentums. Aber der Kern des südslavischen Deutschtums, 328,173 Seelen in der Vojvodina und 122,836 in Kroatien-Slavonien, war bislang eine sozial einheitliche, national unerweckte Bauernmasse, denn die Ahnen, die sich unter Maria Theresia und Josef II. im europäischen Südosten ansiedelten, wurden ihrer schwäbischen, hessischen, pfälzischen und elsässischen Heimat entfremdet, ehe deutsches Nationalgefühl mehr war als eine Frucht vom Baum gelehrter Bildung, und die Enkel haben, unter Serben und Kroaten versprengt, den sozial, politisch und kulturell bedingten Entstehungsprozess des modernen Nationalbewusstseins nicht innerhalb der deutschen Geistes- und Schicksalsgemeinschaft erfahren. So blieben sie ein blühender Leib ohne Seele, meist vermögliches Landvolk ohne Bildungsschicht, denn da Budapest ihnen deutsche höhere Schulen verwehrte, verfiel alles, was sich geistig emporarbeitete, Lehrer und Geistliche vorneweg, fast von selbst der Magyarisierung . . .« »... als nach Ablauf der Optionsfrist das südslavische Staatsbürgerrecht der Deutschen zweifelsfrei war, bildete sich unter der Führung von Dr. Kremmling, Dr. Kraft und Dr. Moser die »Partei der Deutschen des Königreichs der Serben, Kroaten und Slovenen«, die bis Dezember 1922 in der Bačka und im Banat je dreihundzwanzig und in Syrmien vier Ortsgruppen zählte und sich im Dezember 1922 in Hatzfeld ihr Program gab. Schon wegen ihrer hoffnungslosen Entfernung von der Gesamtmasse des deutschen Volkes haben diese Schwaben mit Irredenta nichts zu schaffen; nur Unkenntnis oder böser Wille kann sie Pangermanen schelten, und es ist sicher kein Bekenntnis zum Allddeutschtum, sondern nur Nachgiebigkeit gegen eine üble Umgebung, wenn schwäbische Hochschüler in München bei einer Gedächtnisfeier für den Dichter Adam Müller-Guttenbrunn mit schwarz-weiss-rot die abgetanen Farben eines abgetanen Regimes heraussteckten. Im Gegenteil sehen diese Deutschen im südslavischen Staat ihr Vaterland und möchten gern »die berufenen Verkünder serbischer, kroatischer und slovenischer Wesensart« in der Welt sein. Auch betrachten sie es durchaus als eine Sache der slavischen Staatsnation, die Form, in der sich die politische Entwicklung der Gesamtheit vollziehen soll, nach eigenem Gutdünken zu bestimmen, und über die leidenschaftlich umstrittene Frage Zentralismus oder Föderalismus lassen sie sich keine grauen Haare wachsen. Was das Hatzfelder Programm anstrebt, ist die wirtschaftliche und kulturelle Selbstbehauptung des Deutschtums. Darum heisst es das Recht des Staatsbürgers, seine nationale Zugehörigkeit selbst zu bestimmen, die Möglichkeit der Errichtung deutscher Unterrichtsanstalten durch die deutsche Bevölkerung statt der Staatsschulen, die deutsche Verhandlungs- und Protokollsprache in den Gemeinden, Bezirken und Monizipien des deutschen Siedlungsgebiets, den mündlichen Verkehr in deutscher Sprache mit deutschen Parteien bei allen Behörden und was ähnlicher Forderungen mehr sind. In ihrem Kern begüterte Bauer, verlangen die Schwaben von der Agrarreform, dass sie neben dem Kirchenvermögen auch den mittleren Grundbesitz schont, überhaupt kein Höchstmass des Besitzes bestimmt und auf der anderen Seite be-

dürftige Deutsche nicht von der Landzuweisung ausschliesst. Ihr Beschwerdezettel war vor den Wahlen sehr lang, denn bei dem Mangel an einem klaren Kurs in der Behandlung der Deutschen langte das ihnen an den Zentralstellen oft bekundete Wohlwollen bei den Lokalstellen nicht selten in denaturiertem Zustand an. Aber da »Samouprava«, das amtliche Blatt der regierenden radikalen Partei, die meisten Punkte des Hatzfelder Programms für erörterungsfähig erklärte und dem »loyalen und kulturellen Element« der Deutschen alle Ehre widerfahren liess, war von vornherein die Wahrscheinlichkeit, dass die auf Grund dieses Programms in die Skupstina gewählten Schwaben nicht Opposition um jeden Preis machen, sondern, wie es einer vermöglichen, ruhigen und behabigen Schicht wohl ansteht, die Regierung unterstützen würden.«

Manchen wird die Einfügung von Nachdichtungen jugoslavischer Lyrik in einem durchaus auf politische Unterrichtung eingestellten Werk überflüssig erscheinen. Mich dünkt, dass man, um die Seele eines Volkes zu erkennen, nicht nur seine verstandesmäßigen Lebensäusserungen betrachten soll, sondern alle Elemente in den Gesichtskreis ziehen muss. Wer wird leugnen wollen, dass z. B. deutsches Wesen nicht durch Friedrich II. und Bismarck allein, sondern auch durch Goethe und die Gebrüder Grimm und Herder und Kant und Liliencron, Dehmel und Rilke Ausdruck erhielt? Und so verhält es sich bei allen Völkern und Volkstumsindividualitäten, ganz gleich ob sie zu den nach Millionen oder nur nach Tausenden zählenden gehören. Ist Polen nur, weil es einmal war, wieder zur Geltung gekommen, oder haben die Seele Polens nicht seine grossen Dichterdenker Krasinski, Mickiewicz, Słowacki, Zeromski, Reymond u. a. m. gerettet und belebt? Ist das Volk der Čechen, von dem einmal die grösste Revolution — die Reformation — ausging, nur deshalb wieder erwacht, weil es einmal einen Žižka und Prokop und das böhmische Staatsrecht gab, oder haben nicht Chelčicki, Jan Amos Komenský, Dobrovský, Palacký, Havlíček, die Němcová, Dvořák, Smetana, oder Bezruč, Otakar, Březina und Wolker nicht mehr Anrecht auf ihre Würdigung als Repräsentanten der Seele ihres Volkes? Sind Jakob Čižinski, Zejler, Kocor, nur deshalb Schall und Rauch, weil sie im deutschen Kulturkreis niemand kennt, obwohl das Volkstum der Lausitzer Serben politisch nicht unbekannt ist? Nicht zu bemängeln ist in Wendels Buch die Einfügung lyrischer Nachdichtungen, sondern es wäre zu wünschen, dass sie reichhaltiger ausgefallen wäre! Politik ist notwendig; nicht aber notwendig ist die bisherige und auch heute noch geübte Praxis, mit Politik den Geist der Völker zu verfolgen und möglichst rasch totzuschlagen.

»Aus der Welt der Südslaven« wird gewiss nicht nur eine Anregung zu holen sein, sondern auch die Erkenntnis, dass alles lebt, auch dann, wenn es unter den Zeitgenossen nur allzuvielen Totengräber gibt, die sich nirgends wohler fühlen, als dort, wo die Menschlichkeit und ihre Ideale massakriert werden. Nicht genug solcher Bücher können geschrieben werden, um Europa von der Wahrheit des Masarykschen Wortes zu überzeugen: Will man gegen die anderen Nationen gerecht sein, so muss man ihre Probleme kennen.

J. Sk.